



Protokoll

28. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 13. Dezember 2012

10.00–11.50 / 14.00 – 17.00 Uhr

Abwesend Vormittag:

Dedeoglu Ayse, Epple Dieter, Mall Caroline, Nigg Stephan, Ruffi Werner, Weibel Hanspeter, Wenger Paul und Wiedemann Jürg

Abwesend Nachmittag:

Botti Claudio, Dedeoglu Ayse, Epple Dieter, Mall Caroline, Nigg Stephan, Ruffi Werner, Schäfli Patrick, Weibel Hanspeter, Wenger Paul und Wiedemann Jürg

Kanzlei

Achermann Alex

Protokoll:

Bertsch Jörg, Moser Patrick und Maurer Andrea

Index

Mitteilungen	923 und 956
Traktandenliste	923
Dringliche Vorstösse	936
Persönliche Vorstösse	955

Traktanden

- 7 2012/250
Berichte des Regierungsrates vom 18. September 2012 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 2012: Jahresplanung 2013
beschlossen 924, 932 und 937
- 48 2012/382
Motion der Finanzkommission vom 12. Dezember 2012: Verlängerung des Verpflichtungskredits für die Denkmalpflege
überwiesen 932
- 8 2012/250/01-34
Berichte des Regierungsrates vom 13. November 2012 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 2012: Anträge zum Budget 2013
beschlossen 937
- 4 2012/310
Berichte des Regierungsrates vom 23. Oktober 2012 und der Bau- und Planungskommission vom #: Nichtformulierte Volksinitiative "Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen"; Gegenvorschlag des Regierungsrates
beschlossen 941
- 12 Fragestunde
alle Fragen beantwortet 943
- 49 2012/383
Postulat von Daniel Münger, SP-Fraktion, vom 12. Dezember 2012: Die Messe Basel hat ihre Verantwortung wahrzunehmen!
überwiesen 947
- 9 2012/338
Berichte des Regierungsrates vom 13. November 2012: Rechtsgültigkeit der formulierten Verfassungsinitiative "Förderung des selbstgenutzten und des gemeinnützigen Wohnungsbaus"; direkte Beratung
beschlossen 947
- 10 2012/157
Berichte des Regierungsrates vom 5. Juni 2012 und der IGPK Rheinhäfen vom 1. November 2012: Schweizerische Rheinhäfen - Orientierung über das Geschäftsjahr 2011 gemäss § 36 Abs. 2 Staatsvertrag
Kenntnis genommen 947
- 11 2012/208
Berichte des Regierungsrates vom 10. Juli 2012 und der IGPK UKBB vom 11. November 2012: Geschäftsbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011
beschlossen 949
- 13 2012/169
Interpellation von Monica Gschwind vom 14. Juni 2012: Steuerbelastung der natürlichen Personen im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 18. September 2012
erledigt 950
- 14 2012/170
Interpellation von Christof Hiltmann vom 14. Juni 2012: Bewirtschaftung Hafensareale BL. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2012
erledigt 951
- 15 2012/115
Postulat der SP-Fraktion vom 19. April 2012: Von VGD zu VSD, Bildung Departement Volkswirtschaft und Soziales
überwiesen 951
- 16 2012/123
Motion von Daniel Münger vom 3. Mai 2012: Kantonales Pilotprojekt für eine ganzheitliche Versorgungsintegration und Netzwerk für chronisch kranke und alte Menschen
als Postulat überwiesen 952
- 17 2012/130
Postulat von Karl Willmann vom 3. Mai 2012: Mitgliedschaft von Basel-Landschaft bei Metrobasel überprüfen
überwiesen 952
- 18 2012/145
Motion von Balz Stückelberger vom 24. Mai 2012: Bündelung der Kräfte in der regionalen Zusammenarbeit - Kündigung der Mitgliedschaft bei metrobasel
zurückgezogen 953
- 19 2012/263
Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2012: Anzahl und Ziele von Firmen-Abwanderungen und deren Gründe. Schriftliche Antwort vom 13. November 2012
erledigt 953
- 20 2012/183
Motion von Andreas Bammatter vom 21. Juni 2012: Wirkungsvolle Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kanton BL
als Postulat überwiesen 953
- 21 2012/187
Postulat von Rahel Bänziger vom 21. Juni 2012: Offenlegung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen in Spitälern
überwiesen 954
- 22 2011/366
Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 4: Entwicklung einer Immobilien-Strategie für die kantonseigenen Immobilien
überwiesen 954
- 23 2012/046
Postulat von Klaus Kirchmayr vom 9. Februar 2012: Prüfung einer Fusion von kantonalen Verkehrsunternehmen
überwiesen 954
- 24 2012/096
Motion von Oskar Kämpfer vom 22. März 2012: "Regionalplanstelle"
abgelehnt 954

25 2012/112

Motion von Urs Leugger vom 19. April 2012: Optimierung der Erschliessung von Arbeitsgebieten von kantonaler Bedeutung in Arlesheim und Münchenstein
als Postulat überwiesen

955

Nicht behandelte Traktanden

26 2012/114

Motion von Christine Koch vom 19. April 2012: Raumsparende Einkaufszentren

27 2012/182

Motion von Thomas Schulte vom 21. Juni 2012: Finanzierungsprinzipien betreffend Öffentlicher Verkehr

28 2012/189

Postulat von Christoph Buser vom 21. Juni 2012: Gegenrecht bei der Gewerbeparkkarte aushandeln

29 2012/191

Postulat von Guido Halbeisen vom 21. Juni 2012: Vertiefte Abklärungen möglicher Standorte für Gaskombikraftwerke im Kanton Baselland

30 2012/307

Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 18. Oktober 2012: Windenergienutzung in den Landschaften von nationaler Bedeutung. Schriftliche Antwort vom 20. November 2012

31 2012/300

Interpellation von Christoph Buser vom 18. Oktober 2012: Schrecken hohe Anschlussgebühren Investoren ab? Schriftliche Antwort vom 27. November 2012

32 2012/301

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2012: Schiefergas in Baselland. Schriftliche Antwort vom 27. November 2012

33 2012/334

Interpellation von Urs Leugger vom 1. November 2012: Bauen ausserhalb der Bauzonen. Schriftliche Antwort vom 27. November 2012

36 2012/184

Motion von Regula Meschberger vom 21. Juni 2012: Änderung des Gemeindegesetzes in Bezug auf die Behandlung von Initiativen zur Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation

37 2012/186

Postulat von Balz Stückelberger vom 21. Juni 2012: Erleichterte Arbeitszeiterfassung für Kantonsangestellte

38 2012/193

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Verkehrssteuern sollen Kosten der Strassenrechnung decken

39 2012/194

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Eliminierung von Fehlanreizen bei den Ertragssteuern für Firmen

40 2012/201

Interpellation der SP-Fraktion vom 21. Juni 2012: Informationsrechte und Landratstätigkeiten

41 2012/131

Interpellation von Christoph Buser vom 3. Mai 2012: Verwendung des Bundesbeitrags für die Berufsbildung

42 2012/168

Postulat von Andreas Bammatter vom 14. Juni 2012: Angemessene Kostenbeteiligung des Kantons für ausserordentliche Schulortszuteilung

43 2012/190

Postulat der SVP-Fraktion vom 21. Juni 2012: Einsparungen durch Effizienz bei der Staatsanwaltschaft

46 2012/283

Postulat der SP-Fraktion vom 20. September 2012: Mehr Spielraum für Fussgängerstreifen in Tempo 30 Zonen

47 2012/284

Postulat der SP-Fraktion vom 20. September 2012: Unklarheiten und Widersprüche beim Rechtsvortritt bei Tempo 30 auf Hauptstrassen

Nr. 960

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident Jürg Degen (SP) begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung des Landrats. Bevor in der Budgetdebatte weitergefahren wird, hat er einige Mitteilungen zu machen:

- *Entschuldigungen (zusätzlich zu den am 12.12.12 bereits bekanntgegebenen)*
Wenger Paul;
Kantonsgerichtspräsident Andreas Brunner.
- *Geburtstag*

Der **Präsident** gratuliert Landrat Marc Bürgi (BDP) zu dessen heutigem Geburtstag und wünscht ihm alles Gute. *[Beifall]*

- *Rücktrittsschreiben*

Der **Landratspräsident** verliest das Rücktrittsschreiben von Landrat Karl Willimann vom 10. Dezember 2012, das gestern schon eingereicht worden war, den Präsidenten aber erst verspätet erreicht hatte:

«Sehr geehrter Herr Landratspräsident

Ich möchte Ihnen hiermit meinen Rücktritt als Landrat per Ende März 2013 bekannt geben. Ich bin 2003 in den Landrat gewählt worden. Nachdem ich vorher während langer Zeit als Kantonsgeometer in der kantonalen Verwaltung arbeiten durfte, war für mich die Landratstätigkeit ein willkommener und bereichernder neuer Lebensabschnitt. Dabei konnte ich von der Erfahrung in der Verwaltungstätigkeit sehr profitieren. Ich danke allen Landratskolleginnen und -kollegen sowie dem Regierungsrat für die stets faire Zusammenarbeit und das mir entgegen gebrachte Vertrauen im Plenum und in der Kommissionsarbeit. Ich habe nun dem Kanton Baselland während 44 Jahren gedient und das Baselbiet ist mir ans Herz gewachsen. Für mich ist es jetzt Zeit, jüngeren Kräften Platz zu machen. Dem Landrat und der Regierung wünsche ich für die herausfordernde Lösung der anstehenden finanziellen und organisatorischen Probleme Mut und Einsicht für weise Entscheide. Es lebe das selbständige Baselbiet!

*Mit freundlichen Grüssen
Karl Willimann»*

Der **Präsident** verliest sodann ein weiteres Rücktrittsschreiben, dasjenige von Regierungsrat Adrian Ballmer vom heutigen Tag:

*«Sehr geehrter Herr Landratspräsident Jürg Degen
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Dr. Sabine Pegoraro*

*sehr geehrte Damen und Herren
Per 30. Juni 2013 trete ich von meinem Amt als Mitglied des Baselbieter Regierungsrates zurück. Gesundheitliche Gründe – nicht akute, aber latente – legen mir diesen Schritt nahe. Das Regierungsamt, welches das Leben terminlich sehr stark fremdbestimmt, lässt mir kaum genügend Zeit, um genügend auf meinen Körper zu hören.*

Die Aufgabe als 'Berufsbasebieter' macht mir immer noch sehr viel Freude, insbesondere die Arbeit mit hoch kompetenten und sehr engagierten Mitarbeitenden in meiner Direktion, direktionsübergreifend, in unseren Konzerngesellschaften und im Regierungsrat. Wir haben gemeinsam einiges bewegen und erreichen können. Ich durfte auch viel an persönlicher Wertschätzung erfahren und geben. Dafür bin ich allen Beteiligten sehr dankbar.

Es zeichnet sich das Risiko einer grösseren Vakanz bei den Erneuerungswahlen 2015 ab, welche der Kontinuität in der Regierung schadet. Dieser will ich zuvorkommen. Da ein Rücktritt während des Präsidialjahres nicht opportun wäre und nach dem Präsidialjahr bis zu den Erneuerungswahlen nur wenig Zeit bliebe, bietet sich der Termin Mitte 2013 an. Mein im Moment wichtigstes Geschäft – die BLPK-Reform – muss bis dann ohnehin entschieden sein.

Leider haben einige wenige den Politstil massiv verändert. Es wird in Medien und durch Medien diffamiert. Es dominieren Demagogen; mit Fakten wird 'kreativ' umgegangen; Respekt und Fairness bleiben auf der Strecke. Es wird auf den Mann gespielt, wenn man den Puck nicht sieht oder für den Ball zu ungeschickt ist. Solidarität nimmt ab; Sonderinteressen gewinnen Oberhand über Gemeinwohl; Ansprüche dominieren die Möglichkeiten. Die Problembinger dominieren über die Problemlöser.

Die Lage des Baselbiets ist wesentlich besser als die öffentlich verbreitete Stimmung. Unsere Probleme sind zu lösen, wenn dies eine klare Mehrheit will. Ich wünsche der Baselbieter Politik, dass sie zu einer Kultur zurückfindet, in der Werte zählen und die positiven, die integrativen und problemlösenden Kräfte den Ton angeben.

*Mit herzlichen Grüssen und den besten Wünschen
Adrian Ballmer»*

Sodann tritt der Präsident in die Traktandenliste ein. Er erinnert nochmals an die Redezeitbeschränkung von 3 Minuten. Die Traktanden 34 und 35 wurden gestern zurückgezogen.

Für das Protokoll:
Jörg Bertsch

*

Nr. 961

7 2012/250

Berichte des Regierungsrates vom 18. September 2012 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 2012: Jahresplanung 2013

8 2012/250/01-34

Berichte des Regierungsrates vom 13. November 2012 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 2012: Anträge zum Budget 2013

[Fortsetzung]

– *Kapitel Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion*

Antrag 2012-250_09 von Pia Fankhauser Zenhäusern (SP-Fraktion) betreffend Erhöhung des Beitrages für Abhängigkeitserkrankungen um CHF 500'000.

Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat VGD (P2200)

CHF +500'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Pia Fankhauser (SP) nennt drei Gründe, weshalb der Landrat ihren Budgetantrag annehmen solle. Erstens: Es geht um ambulante Therapien. Es ist einige Verwirrung entstanden, weil in der Antwort der Finanzkommission nur von stationären Behandlungen die Rede ist. Es geht jedoch um ambulante Therapien, die unter der Leistung «Gemeinwesenarbeit und Dritte» – mit Betonung auf «Dritte» – aufgeführt sind. Die Votantin verweist auf Seite 3 der Berichts der Finanzkommission, wo es heisst, dass die Gesundheitsversorgungskosten detaillierter aufgeführt werden sollten, weil sich der Landrat bei der derzeitigen Handhabung im budgetmässigen Blindflug bewegt, was die Abgrenzung von gemeinwirtschaftlichen gegenüber anderen Kosten angeht. Zweitens: Wenn man den beantragten Budgetbetrag nicht einstellt, dann werden wahrscheinlich Leistungen gestrichen. Wenn man den Betrag jedoch einstellt, so steht das Geld zur Verfügung für eventuelle Leistungsaufträge. Man muss ja das Geld nicht verbrauchen. Wenn es aber nicht im Budget drinsteht, kann dies immer als Argument verwendet werden, Leistungen zu verweigern. Drittens: Der Antrag ist budgetneutral. Wenn man nämlich den gleichen Betrag für den Muggenbergtunnel wegnimmt, dann ergibt sich budgetmässig unter dem Strich eine gewisse Egalität.

Hanni Huggel (SP) nimmt als Mitglied der Kommission für stationäre Drogentherapie zum Budgetpostulat Stellung. Der Kanton Baselland hat ein sehr fortschrittliches Psychiatriekonzept mit nicht nur medikamentösen, sondern auch anderen, stationären und ambulanten, Methoden. Dazu gehören auch Tagesstrukturen und die Eingliederung in die Arbeitsmärkte. Es hat sich nun gezeigt, dass die stationären Behandlungen eher zurückgehen. Wie auch immer budgetiert wird, ob höher oder tiefer, der Kanton muss sich so oder so an den Kosten für stationäre Drogentherapie beteiligen. Weil diese jedoch abnehmen, nehmen die ambulanten Drogentherapien zu. Die zuständige Ärztin für Abhängigkeitserkrankungen hat das genau aufgezeigt. Für diese Therapien im ambulanten Bereich fehlt jetzt das Geld. Es ist nicht schlüssig, dass der im stationären Bereich eingesparte Betrag nicht auf ambulante übertragen

werden kann. Die Kantone Solothurn und Aargau praktizieren dies so. Der Budgetposten 2200/363 heisst «Beitrag für Abhängigkeitserkrankungen». Deshalb ist die Votantin nicht bereit, den Betrag von Fr. 600'000 einfach wegzustreichen mit der angegebenen Begründung, stationäre Drogentherapien nähmen ab, denn im gleichen Zug wird das Geld für ambulante Therapien gebraucht. An dieser Stelle droht wirklich eine Versorgungslücke. Die von Pia Fankhauser beantragten Fr. 500'000 sind sehr gut investiertes Geld. Die Votantin bittet daher, dem Budgetantrag zuzustimmen.

Monica Gschwind (FDP) weist darauf hin, dass es sich bei den Beiträgen des Kantons an die stationären Behandlungen um gebundene Kosten handle, die der Kanton also so oder so übernehmen müsse. Das ist die Hauptaussage. Zudem hat Regierungsrat Peter Zwick versichert, dass dies in der Position «Gemeinwirtschaftliche Kosten» enthalten ist. Dem kann die FDP-Fraktion folgen, und sie wird das Budgetpostulat deshalb ablehnen.

Lotti Stokar (Grüne) erinnert daran, dass die Finanzkommission das Postulat relativ klar abgelehnt habe. Wenn man aber die Begründung nochmals genau liest, merkt man, dass hier ein gewisses Missverständnis in Bezug auf stationäre und ambulante Therapien vorliegt. Es ist natürlich wichtig, dass die ambulanten Therapien so wie bis anhin stattfinden können. Es macht ja auch Sinn, ambulant zu therapieren, wo eine stationäre Behandlung nicht nötig ist. Für die Votantin ist jetzt nicht mehr klar, ob die ambulante Behandlung abgedeckt ist oder nicht. Man könnte jetzt zur Auffassung gelangen, dass man dem Postulat zustimmen sollte, weil man eben nicht weiss, ob man sonst die Katze im Sack kauft oder – noch schlimmer – nicht einmal weiss, ob eine Katze im Sack ist. Zur Sicherheit beantragt die Votantin daher, dem Budgetantrag zuzustimmen. Dann kann man sicher sein, dass auch der Betrag für die ambulanten Therapien zur Verfügung steht. Wenn man ihn am Ende nicht brauchen würde, wäre dies ja nicht schlimm.

Beatrice Herwig (CVP) plädiert namens der CVP/EVP-Fraktion auf Ablehnung des Budgetpostulats. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen würden um ca. 3 Millionen Franken erhöht, damit sei nach Ansicht der Fraktion das erforderliche Geld für die Abhängigkeitserkrankungen vorhanden.

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) bestätigt die Aussage von Lotti Stokar, dass in der Kommission die Aussage der Verwaltung bzw. der Direktion darüber, inwiefern die gemeinwirtschaftlichen Kosten auch die ambulanten Therapien umfassen, möglicherweise missverstanden worden sei. Die Kommission war der Meinung – und er hat es deshalb auch so in den Bericht aufgenommen –, dass das Geld vorhanden ist. Aber er möchte heute vom zuständigen Regierungsrat doch nochmals hören, dass insofern kein Missverständnis vorliegt und dass die Beträge für ambulante Therapien in diesem Budgetposten enthalten sind. Wo dann aber, falls dies der Fall ist, gekürzt wird, würde ihn doch wunder nehmen. Irgendwo müssen diese gut eine Million Franken ja wegfallen.

Marie-Theres Beeler (Grüne) ärgert sich sehr über das Roulette, das hier um die Frage gemacht werde, ob es so oder so gemeint sei und ob der Betrag enthalten oder nicht enthalten sei. Dies zeigt auch, wie dringlich die Forderung der Finanzkommission in Bezug auf die Budgetlegung 2014 ist, nämlich dass die Gemeinkosten auf der Basis einer verabschiedeten Landratsvorlage eingestellt werden. Die Votantin bittet ebenfalls, wie Hanni Huggel, dem Budgetpostulat zuzustimmen, damit man auf der sicheren Seite ist. Es kann einfach nicht sein, dass es eine Landratsvorlage gibt, aus der man solche Dinge erst noch herausraten muss; so etwas möchte sie nächstes Jahr nicht mehr erleben.

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) bestätigt, dass der Regierungsrat die gemeinwirtschaftlichen Kosten von 5,6 Millionen im Jahr 2012 auf 8,5 Millionen erhöht habe, und zwar genau wegen den Abhängigkeitserkrankungen. Er kann garantieren, dass es dort weitergeht. Falls der Landrat jetzt diese beantragten Fr. 500'000 spricht, so bewirkt dies einfach eine Erhöhung des Budgets. Zur Frage des Kommissionspräsidenten, wo das Geld hinfließt, teilt Regierungsrat Peter Zwick mit, dass, wie im Positionspapier ausgeführt, 1 Million Franken von der Position Abhängigkeitserkrankungen in die Gesundheitsversorgung überführt wird. Das Geld ist also nicht verloren.

Zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen vor oder nach Budget erklärt Peter Zwick ganz klar, dass diese eben erst genau ausgewiesen werden können, wenn die DRG zwischen den Spitälern und den Versicherungen ausgehandelt sind. Die Regierung kann die Budgetierung gerne vorwegnehmen, wenn der Landrat dies wünscht, aber dann muss das Parlament auch die Verantwortung übernehmen, wenn eventuell etwas ausgeschüttet wird, das nachher über die Versicherungen bezahlt wird. Vielleicht löst sich dieses Problem in einem oder zwei Jahren, wenn die Tarife einmal festgesetzt sind. Zum vorliegenden Postulat garantiert Regierungsrat Peter Zwick, dass die Abhängigkeitserkrankungen mit der Erhöhung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen um 12,5 Millionen Franken gesichert sind.

//: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/09 mit 31:48 Stimmen ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.18]

Antrag 2012-250_10 von Klaus Kirchmayr (Grüne Fraktion) betreffend Reduktion des Transferaufwands Gesundheitsversorgung in der Höhe von CHF 15 Mio.

**Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat VGD (P2200)
CHF -15'000'000**

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Gegenantrag des Regierungsrates: CHF -3'900'000

Antrag der Finanzkommission: Annahme Gegenantrag Regierungsrat

Klaus Kirchmayer (Grüne) erläutert, dass sich sein Budgetpostulat mit dem wahrscheinlich grössten Einzelposten des Budgets befasse, nämlich mit dem Kantonsanteil an der Finanzierung der Spitäler. Es geht also um die berühmten 55% einer Rechnung, die der Kanton bezahlen muss, wobei er die Preise aber nicht beeinflussen kann, denn diese Preise werden zwischen den Krankenkassen und den Spitälern abgemacht. Die Position ist insofern sehr anspruchsvoll, als es seit diesem Jahr ein neues Sys-

tem gibt. Man muss der VGD zugute halten, dass sie sich bemühte, diese Position, basierend auf den aktuellen, zum Budgetzeitpunkt verfügbaren Ist-Informationen der ersten 6 Monate des Jahres 2012 zu berechnen. – Der Votant unterbricht sich selbst mit der Bemerkung, dass die angezeigte Restredezeit nicht stimmen könne, da er 5 Minuten Zeit habe. [*Heiterkeit*] – Man gelangte so zur Baserate von 10'200 Franken. Inzwischen gibt es jedoch unabhängige Untersuchungen, die klar zeigen, dass die Baserate zu hoch ist. Der Preisüberwacher, der dies sehr detailliert untersucht hat, kommt zum Schluss, die zutreffende Baserate wäre 8'950 Franken. Das macht in Summe, auf die ganze Position umgemünzt, 50 Millionen Franken aus. Es wäre zwar unrealistisch, deshalb 50 Millionen Franken zu streichen, aber es ist ganz klar, dass diese Position im Budget zu hoch eingestellt ist. Dies hat die Regierung auch anerkannt, indem sie immerhin schon um knapp vier Millionen entgegengekommen ist. Die Grüne Fraktion hält diesen Betrag für viel zu wenig ambitiös, auch vor dem Hintergrund, dass man in der Vergangenheit die Spitäler geschenkt hat. Darum ist es wichtig, dass der Landrat heute ein Zeichen setzt.

Der Votant beantragt, die Position um Fr. 8'000'000 (statt 15'000'000) zu reduzieren.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) weist darauf hin, dass man sich hier auf dem Feld der Prognosen befindet. Man weiss nicht, wie viel es kosten wird. Das Anliegen der SVP-Fraktion ist es, dass die Position der basellandschaftlichen Spitäler nicht geschwächt wird. Sie ist daher der Meinung, dass die von der Regierung vorgeschlagene Kürzung um 3,9 Millionen Franken ausreichend sein sollte. Auch die Finanzkommission hat ja diesem Gegenantrag der Regierung mit 7:5 Stimmen zugestimmt.

Monica Gschwind (FDP) nimmt Bezug auf die Antwort der Regierung auf das Postulat von Klaus Kirchmayr. Dort lege die VGD dar, dass sie die vorliegenden Zahlen anhand verschiedenster Hochrechnungen ermittelt hat, und dass dafür nicht nur die Baserate, sondern auch das durchschnittliche Fallgewicht und die Patientenströme eine entscheidende Rolle spielen. Wie hoch die effektive Baserate sein wird, ist gegenwärtig nicht absehbar. Ein Entscheid darüber, ob die sich ergebende Reduktion eher bei 8 oder eher bei 3,9 Millionen Franken liegen wird, ist fast wie Kaffeesatzlesen. Die akutsomatischen Behandlungen im Kantonsspital Baselland, in den inner- und ausserkantonalen Privatkliniken und in der Psychiatrie muss der Kanton so oder so bezahlen, egal, wie viel davon im Budget eingesetzt ist. Eine zu starke Reduktion dieser Position verschönert zwar das Budget, ist aber letztendlich nur Augenwischerei. Spielraum besteht einzig bei der Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Die FDP-Fraktion ist der Überzeugung, dass es wichtig ist, hier ein Signal zu setzen, welches zeigt, dass die Leistungserbringer sich anstrengen müssen und dass der Kanton nicht bereit ist, alles und jedes zu bezahlen. Aus diesen Erwägungen heraus stimmt die FDP-Fraktion dem Antrag der Regierung auf Reduktion um 3,9 Millionen Franken zu.

Beatrice Herwig (CVP) weist darauf hin, dass die Budgetierung der Gesundheitskosten in den Spitälern extrem schwierig sei. Wie sich die Fallpauschalen und die Patientenströme entwickeln werden, ist völlig offen. Daher macht

es Sinn, dass man die zur Verfügung stehenden Zahlen des Jahres 2012 als Ausgangsbasis für die Budgetierung 2013 nimmt. Als sicher annehmen kann man, dass sich die Fall-pauschale nicht nach oben entwickeln wird, sondern tendenziell eher nach unten. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt daher den Gegenvorschlag der Regierung, den Budgetbetrag um 3,9 Millionen Franken zu reduzieren.

Auch die SP-Fraktion, so **Ruedi Brassel** (SP), sei für die Reduktion dieses Budgetbetrages; ein Teil der Fraktion werde dem Antrag von Klaus Kirchmayr – Reduktion um 8 Millionen Franken – zustimmen; die Fraktionsmehrheit ist für 3,9 Millionen. Es ist klar: Bereits das Budgetieren war im Prinzip Kaffeesatzleserei. Präziser wird die Sache weder mit der einen noch mit der anderen Prognose. Wichtig ist das Signal, dass man sich anstrengen muss, diese Kostenminimierung zu erreichen. Der Landrat muss schauen, dass er ein realistisches Budget hat. Wenn man die Base-rate senken kann, erscheint es dem Votanten persönlich nicht ausgeschlossen, dass die 8 Millionen erreicht werden können.

Im Sinne einer vorsichtigen Budgetierung, sagt **Gerhard Schafroth** (glp), erscheint der BDP/glp-Fraktion der Betrag von 3,9 Millionen sinnvoller. Selbstverständlich wären 8 Millionen besser, und man erwartet von der Regierung, dass sie dies anstrebt. Die BDO/glp-Fraktion unterstützt den Gegenantrag der Regierung.

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) ist nicht der Meinung, dass die Regierung im Kaffeesatz lese, sondern sie sei bemüht, die Gesundheitskosten seriös zu budgetieren. Man muss einfach wissen: Wenn der Landrat die beantragte Reduktion beschliesst, so setzt er eigentlich kein Zeichen, sondern er verschönert nur das Budget. Denn es handelt sich um gebundene Ausgaben. Der Kanton ist verpflichtet, 55% der Gesundheitskosten zu tragen, die aus Spitalbehandlungen der Bevölkerung resultieren, egal ob diese Kosten in Baselland oder in umliegenden Spitälern entstehen. Auf die Festsetzungen der Preise hat der Kanton keinen Einfluss. Man muss auch gewisse Dinge, die der Preisüberwacher sagte, hinterfragen, zum Beispiel wenn er das Kantonsspital Baselland als eines der grössten Spitäler der Schweiz mit dem Spital Winterthur vergleicht. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme aufgezeigt, wie er zu seinen Zahlen kam und wie er, nach Abrechnung des 3. Quartals, 3,9 Millionen Franken hatte einsparen können.

Ergänzend weist Regierungsrat Peter Zwick darauf hin, dass im Jahr 2012 für das Kantonsspital Baselland 125 Millionen Franken budgetiert waren, im Jahr 2013 aber nur noch 115 Millionen – da hat man also, unabhängig von den hiesigen 3,9 Millionen, bereits 10 Millionen eingespart.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/10 von Klaus Kirchmayr in der heute gestellten Fassung – Reduktion um 8 Millionen Franken – mit 20:53 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.30]

://: Der Landrat nimmt den Gegenantrag des Regierungsrates zum Budgetantrag 2012/250/10 – Reduktion um 3,9 Millionen Franken – mit 74:0 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.31]

Antrag 2012-250_11 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend der Kürzung des budgetierten Betrags für das Kompetenzzentrum für Wirtschaftsförderung und Standortmarketing von CHF 1.5 Mio. auf CHF 0.3 Mio.

**Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat VGD (P2200)
CHF -1'200'000**

**Antrag des Regierungsrates: Ablehnung
Antrag der Finanzkommission: Ablehnung**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

://: Der Budgetantrag 2012/250/11 ist somit erledigt.

Antrag 2012-250_12 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Streichung des Beitrages von CHF 51'000 für die MUBA 64+.

**Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat VGD (P2200)
CHF -51'000**

**Antrag des Regierungsrates: Ablehnung
Antrag der Finanzkommission: Ablehnung**

Gerhard Schafroth (glp) räumt ein, es gehe um einen kleinen Betrag zur Unterstützung der Organisation «64+» bei der MUBA. Aber auch Kleinvieh macht Mist. Er bittet, den Antrag zu unterstützen

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) führt aus, mit der Annahme dieses Antrags würde man die falschen Leute treffen. Seit fünf Jahren präsentieren die Messe Basel und die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam an der MUBA Fragen der Alterspolitik. Verschiedenste Seniorenvereinigungen haben dort die Möglichkeit, sich vorzustellen. Wenn Baselland seinen Beitrag streicht, wird voraussichtlich diese ganze Organisation zu Fall kommen. Er bittet, dem Antrag nicht zuzustimmen.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/12 mit 6:71 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.34]

Präsident **Jürg Degen** (SP) teilt mit, dass von den beiden inhaltlich dasselbe Thema betreffenden Anträgen 13 und 14 der Antrag 14 zurückgezogen wurde. Es ist also nur noch der Antrag 13 zu behandeln.

Antrag 2012-250_13 von Christoph Buser (FDP) betreffend Festlegung des Beitrags an Baselland Tourismus wie bisher auf CHF 600'000.

**Konto/Kontogruppe: 36 Transferaufwand
Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat VGD (P2200)
CHF +100'000**

**Antrag des Regierungsrates: Ablehnung
Antrag der Finanzkommission: Ablehnung**

Christoph Buser (FDP) erläutert, im Budget sei vorgesehen, den Beitrag an Baselland Tourismus auf Fr. 500'000 abzusenden. Das Geschäft kam leider erst spät in die Kommission; die abschliessende Beratung in der VGK kann erst am 10. Januar 2013 stattfinden. Es wäre daher auch verfahrenstechnisch unglücklich, wenn man bereits vor der Neuvergabe des Leistungsauftrags den Budgetbetrag absenden würde. Aber auch inhaltlich ist gut vertretbar, dass es die weiteren Fr. 100'000 sehr wohl braucht. Es gab einmal die Idee, dass man diese Fr. 100'000 mit der Gasttaxe, die erst kürzlich im Rat besprochen wurde,

querfinanzieren könnte. Dies hat sich aber aufgrund der bundesgerichtlichen Rechtsprechung als nicht machbar herausgestellt, die ausdrücklich besagt, die Gasttaxe dürfe nicht für Tourismuswerbung eingesetzt werden.

Auch hier würde man die Falschen treffen; diese Organisation hat 2,1 Stellen – im Vergleich zu 40 Stellen, die Basel-Stadt für Tourismus beschäftigt. Der Votant bittet daher darum, dass heute keine Vorentscheide getroffen werden, die die Kommissionsberatung vom 10. Januar negativ präjudizieren würde.

Peter Brodbeck (SVP) findet die Abwägungen der Regierung in deren Bericht und die vorgesehene Kürzung um Fr. 100'000 in Ordnung. Bei Verpflichtungskrediten, die zugunsten von Organisationen gesprochen werden, fallen meistens bis zu 80 % Personalkosten an. Wenn dann ein solcher Verpflichtungskredit gekürzt wird, dann hat das einschneidende Massnahmen bei der Institution zur Folge. Baselland Tourismus jedoch – das einen ganz tollen Job macht, wie man erfahren durfte – hat ein Budget von fast einer Million Franken, und die Personalkosten machen einen wesentlich kleineren Teil aus. Die Fr. 100'000 können durchaus im Bereich von Marketingmassnahmen eingespart werden, und auch hier kann man ein Zeichen setzen, dass gespart werden muss. Zudem ist es sehr wohl möglich, aus Mitteln der Gasttaxe Leistungen zu erbringen, die dann bei Tourismus Basel wegfallen; ein Beispiel wurde in der VGK bereits genannt. Der Votant findet daher, dass man hier der Regierung folgen sollte, die damit auch ein Zeichen setzt, dass alle neuen Verpflichtungskredite überprüft werden müssen. Dies entspricht ja auch dem Auftrag des Landrats an die Regierung. Wenn der Landrat jetzt bei jedem Verpflichtungskredit, den die Regierung kürzen will, wieder aufstockt, dann wird er unglaubwürdig.

Andreas Giger (SP) kündigt für die SP-Fraktion mehrheitliche Ablehnung des Antrags an; eine Minderheit werde dem Antrag zustimmen.

Martin Geiser (EVP) weist einleitend darauf hin, dass die Arbeit von Baselland Tourismus ausser Zweifel stehe. Auch auf der Website könne man sehen, dass da viel getan wird, soweit es in Baselland möglich ist, das ja kein Tourismus-Kanton ist wie Graubünden oder Wallis. Dennoch gibt es zwei, drei Sachen, die man da noch genauer anschauen muss. Einerseits gibt es hier einen Leistungsauftrag, der neu vergeben wird, und andererseits sind da die Kantonsfinanzen, die nicht ganz so rosig aussehen. Der Aufbau von Tourismus Baselland, der einiges kostete, ist jetzt mehr oder weniger abgeschlossen. Eine Studie hat gezeigt, dass man sich mehr konzentrieren statt verzetteln sollte; aber je mehr Geld man hat, desto eher verzettelt man sich. Wenn man sich das Budget von Baselland Tourismus anschaut, sieht man durchaus Sparpotenzial, zum Beispiel bei der Tourismus-Zeitung, die allein im 2013 Fr. 100'000 kosten soll. Sie wird vor allem im Kanton selbst verteilt, wo aber nicht das ideale Zielpublikum für touristische Übernachtungen in Baselland wohnt. Es lassen sich sicher noch andere Punkte finden, so dass es möglich sein sollte, die Fr. 100'000 einzusparen, ohne dass man deshalb Personal reduzieren müsste.

Urs-Peter Moos (parteilos) unterstützt den FDP-Antrag voll und ganz, da es keinen Sinn mache, bei Baselland Tourismus übereilt das Budget zu kürzen. Der Baselbieter

Tourismus hat noch grosses Potenzial. Wenn man sieht, was diesbezüglich im Nachbarkanton Basel-Stadt durch jahrelange professionelle Arbeit erreicht wurde, dann könnte man sich dort eine Scheibe abschneiden.

In der grünen Fraktion, sagt **Lotti Stokar** (Grüne), sei das Thema kontrovers diskutiert worden. Einige haben die Notwendigkeit gesehen, den Antrag zu unterstützen; der grössere Teil der Fraktion wollte jedoch dem Regierungsantrag und damit deren Sparbemühungen unterstützen. Baselland Tourismus kann sicher eine Möglichkeit finden, diese Fr. 100'000 einzusparen.

Oskar Kämpfer (SVP) führt aus, ein Budget sei nicht nur eine Ansammlung von Zahlen, die am Ende mit einem Plus oder Minus enden, sondern es zeige auch auf, wohin ein Kanton gehen soll. Wenn man schaut, wo es im Baselland Entwicklungsmöglichkeiten gibt, dann ist eine der grössten die Landschaft und damit verbunden der Tourismus. Wenn man sich in diesem Bereich, der zweifellos Potenzial hat, nicht 100'000 Franken leisten will, dann muss man nachher auch nicht über eine Wirtschaftsinitiative reden, die möglicherweise eine Million kostet. Da stimmt einfach das Verhältnis nicht. Er widerspricht auch vehement der geäusserten Meinung, dass die einheimische Bevölkerung kein Teil des Tourismus sein könne. Das unter anderem auch aus einer sehr guten Erfahrung heraus, die er vor vielen Jahren in Mexiko machte: Alle Nachbarn sagten ihm, was er alles besichtigen gehen solle; aber als er die Leute fragte, wann sie selbst zuletzt dort gewesen sein, hiess die Antwort meistens: Ich hatte noch keine Zeit. So kommt es ihm vor, wenn er Einheimische fragte, ob sie diese oder jene Sehenswürdigkeit schon besucht haben. Auch die Einheimischen sind potenzielle Kundschaft, darum ist es nicht falsch, die Tourismuszeitung auch hier zu verteilen. Hier kürzen zu wollen, offenbart eine Verkennung der Notwendigkeiten, anhand derer Tourismus aufgebaut werden kann. Nur wenn man die Tourismusorte aufzeigt und bekannt macht, kann man Entwicklungen einleiten, die auch zu neuen Arbeitsplätzen, Hotelneubauten etc. führen. Die SVP-Fraktion wird daher – entgegen dem Erstvotanten aus ihren Reihen – mehrheitlich diese 100'000 Franken genehmigen.

Georges Thüring (SVP) bekräftigt, dass eine Streichung dieser 100'000 Franken wieder genau die Randregionen treffen würde. Man könnte dort die gute Arbeit, die in den letzten paar Jahren geleistet wurde, nicht weiterführen. Er bittet daher dringend um Zustimmung zum Antrag.

Bei der BDP/glp-Fraktion stünden die Finanzpolitik und das Spargebot im Vordergrund, sagt **Gerhard Schafroth** (glp). Die Fraktion wird den Antrag daher einhellig ablehnen.

Hansruedi Wirz (SVP) erinnert daran, was in letzter Zeit im Landrat alles an Schlechtem über diesen Kanton gesagt worden sei; und nun habe man da eine gut funktionierende Organisation, die das Gegenteil praktiziert, nämlich ein positives Image des Kantons fördert, bei den eigenen Leuten wie bei Auswärtigen. Wenn einem das keine 100'000 Franken wert ist, dann begreift er die ganzen Diskussionen darüber, was man alles tun sollte, nicht mehr. Da gibt es die Wirtschaftsinitiative, zu welcher der Tourismus auch gehört, und hier diese 100'000 Franken einsparen zu wollen, ist knauserig und für ihn unverständlich.

Peter H. Müller (CVP) verweist darauf, dass der Tourismus ein starker Wirtschaftsmotor sei, der viel Wertschöpfung und grosse Wirkung hat. Deshalb machen die meisten Kantone sehr viel in diesem Bereich. Natürlich muss man im Baselland keine Skilifte bauen; aber es hat hier viele Dinge, die auch für Baselbieter zum Anschauen attraktiv sind. Es wäre vollkommen verkehrt, wenn man jetzt, nachdem der Aufbau gemacht ist, wieder herunterfahren würde. Man würde damit dem Tourismus Baselland, der einen sehr guten Job macht, ein ganz falsches Zeichen setzen. Deshalb ist der Votant persönlich dafür, die 100'000 Franken nicht zu streichen.

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) stellt klar, dass die Regierung von Tourismus Baselland und der dort geleisteten sehr guten Arbeit überzeugt sei. Unter dem neuen Leiter merkt man auch mehr Zug und innovative Bestrebungen. Wieso dann trotzdem 100'000 Franken weniger? Im Rahmen des Entlastungspakets hatte die Regierung vom Landrat den Auftrag, bei ausgelaufenen und neu abzuschliessenden Verträgen Aufgaben und Ausgaben zu reduzieren. Alle Vorschläge, auch der hiesige, gingen auch durch den Think Tank und wurden lang diskutiert, und nun liegen sie dem Landrat vor. Der Landrat muss nun entscheiden, ob man die Vorgaben des Entlastungspakets einhalten will, oder ob man schon bei den ersten Neuverträgen davon abweicht.

://: Der Landrat stimmt dem Budgetantrag 2012/250/13 mit 39:36 Stimmen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.49]

Antrag 2012-250_14 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Reduktion des Beitrags an Baselland Tourismus um CHF 250'000.

Konto/Kontogruppe: 36 Transferaufwand
Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat VGD (P2200)
CHF -250'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung
Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Der Antrag ist zurückgezogen.

://: Der Budgetantrag 2012/250/14 ist somit erledigt.

– *Kapitel Bau- und Umweltschutzdirektion*

Antrag 2012-250_15 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Streichung der Erhöhung des Budgetbeitrags für die Einführung einer Baugesuchapplikation.

Konto/Kontogruppe: 313 Dienstleistungen und Honorare
Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat BUD (P2300)
CHF -201'660

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Der Antragsteller hat den Budgetantrag zurückgezogen.

://: Der Budgetantrag 2012/250/15 ist somit erledigt.

Präsident **Jürg Degen** (SP) teilt mit, dass die Anträge 2012-250_16, _17 und _18 gemeinsam diskutiert und anschliessend einzeln abgestimmt werden sollen.

Antrag 2012-250_16 von Thomas Bühler (SP-Fraktion) betreffend Kürzung des baulichen Unterhalts Kantonsstrassen.

Konto/Kontogruppe: 314 Baulicher Unterhalt
Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)
CHF -500'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung
Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Antrag 2012-250_17 von Thomas Bühler (SP-Fraktion) betreffend Kürzung der Investitionen Tiefbau «Ausbau Kantonsstrassen / Nebenanlagen 9991».

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen
Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)
CHF -500'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung
Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Antrag 2012-250_18 von Thomas Bühler (SP-Fraktion) betreffend Kürzung der Investitionen Tiefbau «Ausbau Kantonsstrassen / Nebenanlagen 9991».

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen
Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)
CHF -1'000'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung
Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Thomas Bühler (SP) findet es spannend, die verschiedenen Budgetanträge zu verfolgen. Er stellt fest, es kämen aus allen Fraktionen Anträge, teils solche, die Mehrkosten verursachen, teils solche, die auf Einsparungen abzielen. Auch bei der SP gibt es beides; die Anträge, die er jetzt zu vertreten hat, sind solche, mit denen man sparen könnte. Unbestritten ist, dass der Kanton im Bereich Tiefbau in den vergangenen Jahren einen hohen Investitionsbedarf hatte und viel Geld ausgegeben hat. Im Investitionsbudget 2013 sind im Bereich Tiefbau 140 Millionen Franken eingestellt. Dies ist immer noch eine markante Investitionssumme. Wenn man sich die Begründung der Regierung anschaut, weshalb die drei vom Votanten gestellten Anträge abgelehnt werden sollen, so klingt das auf den ersten Blick zwar überzeugend: es gehe um den Werterhalt, und dies sei so wichtig, dass eine Kürzung jetzt nicht in Frage komme, weil sonst die ganze Strasseninfrastruktur verlottere. Auf den zweiten Blick muss man aber sagen: Dies gilt doch auch für eine ganze Reihe von Hochbauten, die jedoch posteriorisiert werden, weil man der Meinung ist, dies könne man noch etwas zurückstellen – obwohl es auch dort, bei genauerem Hinschauen, vieles gibt, bei dem der Werterhalt hoch zu gewichten wäre.

Ein zweiter zweiter Blick führte den Votanten in die Rechnung des Jahres 2011. Es ist schon erstaunlich, dass genau in den drei Positionen, auf die sich die Anträge des Votanten beziehen, der damals budgetierte Betrag bei Weitem nicht ausgeschöpft wurde, sowohl beim Unterhalt als auch bei den Investitionen sowie den Erneuerungs- und Ausbauten. Fast 5 Millionen Franken wurden in diesen drei Positionen im Jahr 2011 nicht gebraucht. Dies lässt nur den Schluss zu, dass es mit dem Strassennetz nicht gar so schlecht bestellt sein kann. Deshalb bittet er, den Anträgen zuzustimmen. Bei den Investitionen betrifft es im Tiefbau etwa ein Prozent.

Michal Herrmann (FDP) bezweifelt, ob man durch die beantragten Kürzungen wirklich sparen würde. Nachhaltige Finanzpolitik bestehe darin, dass man bei Entscheidungen über Investitionen auch die Folgekosten, den Werterhalt, im Auge hat. Was hier beantragt wird, ist sicher nicht wer-

terhaltend. Der Kanton hat einen Riesennachholbedarf im Strassenunterhalt. Deshalb wird die FDP-Fraktion diese Budgetpostulate ablehnen.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) erinnert sich, dass derartige Anträge, seit er vor neun Jahren in den Landrat kam, alljährlich so sicher wie das Amen in der Kirche kämen. Offensichtlich aus einer gegen den Individualverkehr gerichteten Haltung heraus werden solche grundsätzlichen Streichungen verlangt. Selbstverständlich ist die SVP-Fraktion dagegen. Es geht um Werterhalt, es geht um Unterhalt, um Betriebstauglichkeit, und es geht nicht zuletzt auch um Sicherheit. Es geht um Reinigung, Winterdienst – alles Dinge, die sehr wahrscheinlich auch für den Postulanten sehr wichtig sind. Zudem werden, wie die Regierung ausführt, 70 % des öffentlichen Verkehrs über Strassen abgewickelt. Es braucht diese Strassen und es braucht gute Strassen. Die SVP-Fraktion wird alle drei Postulate ablehnen.

Hannes Schweizer (SP) stellt in seinem Umfeld fest, dass Strassen zu einer gewissen Staatsverdrossenheit beitragen könnten, nämlich bei denen, die feststellen, dass das Strassennetz vernachlässigt ist, dass es Schlaglöcher hat und sogar die Sicherheit beeinträchtigt ist. Aber ebenso löst es Verdrossenheit aus, wenn man demgegenüber Strassensanierungsmassnahmen feststellt, die Luxus pur darstellen. An Anschauungsmaterial hierzu kann eine Fahrt von Bubendorf nach Arboldswil dienen, wo man aufgrund der durchgeführten Sanierung fast die Landschaft nicht mehr wiedererkennt vor lauter Steinkörben mit Granitstein drin. Das alles könne man billiger machen. Die SP-Fraktion wehrt sich nicht gegen werterhaltende Massnahmen. Die SP fordert aber, dass die vorhandenen Mittel nicht für Luxus-sanierungen ausgegeben werden. Das hat absolut nichts zu tun mit Kritik am Individualverkehr. Die SP will, dass die Mittel effizient für Werterhaltung eingesetzt werden. Wenn es nicht möglich sein sollte, ein Prozent einzusparen, dann sind dort die falschen Leute an vorderster Front.

Franz Meyer (CVP) möchte einige Zahlen in die Diskussion einbringen. Der Kanton Baselland hat rund 460 Kilometer Kantonsstrassen und rund 900 Kunstbauten, also Tunnel, Brücken etc., die er betreiben und unterhalten muss. Der Wiederbeschaffungswert liegt über 2,5 Milliarden Franken, und 70 % dieser Bauwerke sind älter als 30 Jahre. Im Weiteren haben die letzten Winter mit teilweise anhaltend tiefen Temperaturen den Strassen sehr zuge-setzt. Das hat sicher jeder Velofahrer schon einmal erlebt, wenn er in ein Loch gefahren ist und sich gefragt hat, wie-so die Strassen nicht in einem besseren Zustand sind. Die BPK hat sich in ihrer Sitzung im März 2012 intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und sich auch darstellen lassen, wie der Kanton in Bezug auf Sanierungen vorgeht. Es wurde dort aufgezeigt, dass man wirklich nicht von Luxussanierungen reden kann, sondern dass man priorisiert und diejenigen Strassenabschnitte erneuert, die es am nötigsten haben, und dass man bei Weitem nicht alle Strassenschäden behebt, die man eigentlich beheben sollte. Aus diesen Gründen wird die CVP/EVP-Fraktion diese Budgetanträge grossmehrheitlich ablehnen.

Gerhard Schafroth (glp) erinnert daran, dass er mit der Interpellation 2012/078 genau die Frage gestellt habe, wie

es sich verhält mit dem Stau beim Werterhalt im Hoch- und Tiefbau. Dabei kam heraus, dass es im Tiefbau aufgeschobene Werterhaltungsmassnahmen in der Grössenordnung von 150 Millionen Franken gibt. Der Bedarf, die Strassen anständig zu erhalten, ist also vorhanden; es kommt einfach teurer zu stehen, wenn man es nicht tut. Wenn jetzt das Tiefbauamt im Einzelfall zur Entscheidung gelangt, das Budget müsse nicht ausgeschöpft werden, dann ist ja eigentlich toll, dass sie das Geld nicht einfach verschwenden. Aber wenn der Landrat an dieser Stelle bremsen würde, dann wäre dies ein völlig falsches Signal. Die BDP/glp-Fraktion ist daher für Ablehnung der drei Budgetanträge.

Thomas Weber (SVP) betont, dass es hier nicht um eine Übererfüllung von Werterhaltungsvorschriften geht, sondern um tatsächlich notwendige Massnahmen. Er bittet daher, die Anträge abzulehnen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) kündigt für seine Fraktion mehrheitliche Zustimmung zu den Postulaten an. Er ist der Meinung, dass es in diesem Bereich Übererfüllung von Standards gebe, so dass man im beantragten Umfang mit den Ausgaben zurückfahren könne, ohne dass die Qualität der Strassen nachhaltig gefährdet würde.

Alle Jahre wieder, wie bereits gehört, kämen die Anträge, beim Strassenunterhalt zurückzufahren, sagt Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP). Alle Jahre wieder könne man auch die gleiche Antwort geben: Nein, das ist eine schlechte Idee. Mehr als drei Viertel der Strassen sind 30 Jahre alt und mehr und haben einen hohen Sanierungs- und Investitionsbedarf. Es war ja auch Thema im Landrat anlässlich des Antrags von Landrat Schafroth. Es ist zudem so, dass im Kanton Baselland der ÖV zu etwa 80 % nicht auf der Schiene, sondern auf der Strasse fährt. Wer also mit solchen Postulaten eventuell gegen den MIV schiessen will, der schießt sich ins eigene Bein. Wenn der ÖV auf schlechten Strassen fährt, dann ist er behindert und gefährdet; es gibt Verspätungen. Daran haben die Befürworter der Postulate sicher kein Interesse. Schliesslich noch zum Vorwurf des «Luxus pur»: Das Tiefbauamt ist sicher gerne bereit, die sogenannte Luxusstrasse einmal zusammen mit Landrat Schweizer anzuschauen, um festzustellen, ob da wirklich Luxus betrieben wurde. Tatsache ist, dass dies nicht der Fall ist. Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro bittet daher, die drei Anträge abzulehnen.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/16 mit 26:45 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.03-1]

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/17 mit 28:43 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.03-2]

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/18 mit 27:44 bei 5 Enthaltungen ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.04]

Präsident **Jürg Degen** (SP) weist darauf hin, dass die Anträge 2012-250_19 und _20 gleichlautend sind. Es wird nur eine Abstimmung durchgeführt.

Antrag 2012-250_19 von Felix Keller (CVP/EVP-Fraktion) betreffend Streichung des Investitionsbeitrags an das Projekt H18, Muggenbergtunnel.

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)
CHF -500'000

Antrag des Regierungsrates: Annahme

Antrag der Finanzkommission: Annahme

Antrag 2012-250_20 von Kathrin Schweizer (SP-Fraktion) betreffend Streichung des Investitionsbeitrags an das Projekt H18, Muggenbergtunnel.

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)
CHF -500'000

Antrag des Regierungsrates: Annahme

Antrag der Finanzkommission: Annahme

«Alle Jahre wieder» gelte auch bei diesem Thema, sagt **Kathrin Schweizer** (SP). Letztes Jahr war eine Million eingestellt, und die SP-Fraktion beantragte, diesen Betrag zu streichen, weil noch gar keine Vorlage vorhanden war. Es wurden dann reduziert auf 100'000. In der Zwischenzeit ist klar geworden, dass es keine Vorlage geben wird und dass diese Strasse vom Bund übernommen wird. Die SP ist daher der Meinung, dieses Geld wird nicht benötigt, und beantragt daher die Streichung.

Rolf Richterich (FDP) findet es eine Bankrotterklärung, wenn man jahrelang einfach nichts tut, und sich dann, ein Jahr bevor das Projekt an den Bund übergeht, auf den Standpunkt stellt: Jetzt reicht die Zeit nicht mehr, um etwas zu tun. Das ist eine Vogel-Strauss-Politik, die katastrophal für den Kanton ist. Die fragliche Stelle im Bereich Angenstein ist einfach ein Problempunkt. Der Votant hat einen Bericht vom August 2009 gelesen, der Varianten-Studien angestellt hat, es ist ein sehr ausführlicher, etwa 50-seitiger Bericht, den er auch zur Einsichtnahme hier hat. Man hoffte damals, es werde endlich eine Vorlage geben, damit der Problempunkt Angenstein behoben werden kann. Nun tut man wieder nichts, aber auch der Bund wird nichts tun. Das heisst, die Lösung des Problems ist auf den St. Nimmerleinstag hinausgeschoben. Es geht gar nicht primär um den Muggenbergtunnel, sondern es geht um einen Unfallschwerpunkt und um die Stauwurzel Angenstein. Wer die Situation dort kennt, weiss wovon die Rede ist; wer sie nicht kennt, den lädt der Votant ein, einmal zusammen mit ihm an den Strassenrand zu stehen und die Situation zu beobachten. Das ist an jedem beliebigen Tag möglich. Auch der Halbanschluss Aesch, der ja noch nicht einmal projektiert ist, wird das Problem nicht lösen. Ein grosses Problem, das eine ganze Talschaft betrifft, bleibt daher ungelöst. Es wird einfach nichts gemacht, sondern der Kopf in den Sand gesteckt und ausgesessen.

Felix Keller (CVP) hat Verständnis für das Anliegen des Laufentals. Dort sei in der Tat ein Nadelöhr, bezüglich dessen Handlungsbedarf bestehe. Er ist auch nicht per se gegen den Muggenbergtunnel; im Gegenteil, er sieht den Tunnel durchaus als eine Möglichkeit, dort den Verkehr zu entlasten. Seine Motivation für den Budgetantrag war, dass in der BPK aufgezeigt wurde, dass die H18 dem Bund übergeben werden soll. Der Bund übernimmt aber nur Projekte, die rechtskräftig sind. Von daher macht es

wenig Sinn, dass man 500'000 Franken im Budget hat für ein Projekt Muggenbergtunnel, das gar nicht umgesetzt wird.

Thomas Weber (SVP) redet in zwei Funktionen: als ab 1. Januar 2014 Verantwortlicher beim ASTRA für den Strassenabschnitt inklusive der Unfallschwerpunkte, aber auch im Namen der SVP-Fraktion. Im Moment beraten die Eidgenössischen Räte über die Botschaft zum Netzergänzungsbeschluss. Die bundesrätliche Botschaft sieht vor, dass drei definierte Projekte als sogenannt baureif oder ausführungsbereit gelten und dann vom Bund umgesetzt werden müssen. Das sind die Umfahrung Le Locle und die Umfahrung La Chaux-de-Fonds. Lange Zeit gehörte auch die Zürcher Oberland-Autobahn dazu, die aber jetzt in den Diskussion herausgefallen ist. Jetzt ist der Zubringer Näfers im Glarnerland dabei. Diese drei gelten als baureif, alles andere nicht. Das weitere hängt jetzt sehr stark vom Entscheid über den Vignettenpreis ab – den man finanzpolitisch und insbesondere aus Sicht der SVP anders werten kann als man es aus Sicht des Strassenunterhalts tun kann. Eigentlich wäre der Strassenausbau über die Treibstoffzollgebühren finanziert, aber dieses Geld fließt zu einem grossen Teil, bis zu 60 %, in andere Kassen ab. Eine Lösung gibt es also wohl nur über die Erhöhung des Vignettenpreises, um überhaupt die zusätzlichen 400 Kilometer, die der Bund übernimmt, teilweise zu finanzieren. Bei 70 Franken sind alle grossen Ausbauten Elemente des Projektportfolios, aber sie sind nicht finanziert. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Wenn der Bund die Werk-eigentümerhaftung hat und daher Unfallschwerpunkte oder sonst bedenkliche Zustände beseitigen muss, dann haben diese eine höhere Priorität, aber das bedeutet, dass in einem anderen Kanton etwas zurückstehen muss; denn der Kuchen, der zu verteilen ist, wird ja nicht grösser. Wenn man sich also jetzt seitens des Kantons mit seinen sehr beschränkten Ressourcen verzettelt, und die 500'000 Franken stehen lässt, um von einem Planungsbüro einen Bericht machen zu lassen, dann kommt dieser Bericht auch in die Schublade. Aber der von Rolf Richterich erwähnte bereits vorliegende Bericht ist mehr wert als Grundlage für die Planungen des Bundes. Daher ist die hier beantragte Kürzung zweckmässig, und die SVP-Fraktion unterstützt sie.

Thomas Weber habe klargestellt, wo das Problem liegt, sagt Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP). Der Bund übernimmt ab 2014 die H-Strassen und die damit zusammenhängenden Projekte. Entscheidend für die Realisierung der Projekte, die der Kantonsregierung wichtig sind – und dazu gehört auch der Knoten Angenstein, ebenso aber die Fertigstellung der H2 – ist, dass die Vignettengebühr von heute 40 auf 100 Franken erhöht wird, nicht nur auf 70. Wenn es bei 70 Franken bleibt, wird der Kanton Baselland mit seinen Projekten hinten anstehen. Baselland ist relativ prominent mit H-Strassen vertreten, die übernommen werden, es handelt sich um etwa 40 Kilometer, und es gibt darunter einige, die unbedingt gebaut werden sollten. Sie ruft Landrat Rolf Richterich als «Stimme des Laufentals» daher auf, beim National- und Ständerat für einen Vignettenpreis von 100 Franken zu lobbyieren. Aber dass der Kanton jetzt noch einmal Geld in die Hand nimmt für ein Projekt, das vielleicht gar nicht, vielleicht erst in 10 Jahren kommt, das lässt die Finanzlage nicht zu. Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro bittet

daher, den beantragten Streichungen zuzustimmen.

://: Der Landrat nimmt die Budgetanträge 2012/250_19 und _20 mit 68:7 Stimmen bei 1 Enthaltung an. [Namenliste einsehbar im Internet; 11.13]

Antrag 2012-250_21 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Streichung des Investitionsbeitrags an die Gesamtplanung für eine neue Birsbrücke in Laufen.

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)

CHF -400'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Der Antragsteller hat den Budgetantrag zurückgezogen.

://: Der Budgetantrag 2012/250/21 ist somit erledigt.

Antrag 2012-250_22 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Streichung des Investitionsbeitrags an die Sanierung der Kantonsstrasse Seltisberg.

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)

CHF -100'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Der Antragsteller hat den Budgetantrag zurückgezogen.

://: Der Budgetantrag 2012/250/22 ist somit erledigt.

Antrag 2012-250_23 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Streichung des Investitionsbeitrags an die flankierenden Massnahmen zur Umfahrung Sissach.

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

Direktionen/Dienststelle: Tiefbauamt Strassen (P2301)

CHF -3'000'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Der Antragsteller hat den Budgetantrag zurückgezogen.

://: Der Budgetantrag 2012/250/23 ist somit erledigt.

Antrag 2012-250_24 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Streichung des Investitionsbeitrags an den Verwaltungsneubau Liestal.

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

Direktionen/Dienststelle: Hochbauamt (P2304)

CHF -400'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Es gehe, sagt **Gerhard Schafroth** (glp), um einen Projektkredit von 400 Millionen – Entschuldigung, das wäre ein bisschen viel [Heiterkeit] – von 400'000 Franken für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes. Im Moment ist es völlig undenkbar, dass der Kanton dieses Projekt anpackt, denn dafür ist wirklich kein Geld vorhanden. Wenn, dann könnte man allenfalls bei der Pensionskasse anfragen, ob die das Geld gut anlegen könnte, indem man ein Gemeinschaftsprojekt macht. Aber um die Vorarbeiten zu einem solchen Projekt so weit zu bringen, dass man eine Vorlage hätte, über die man diskutieren könnte, braucht man nicht dieses Geld, sondern da müsste die Verwaltung intern Kräfte aktivieren. Der Votant bittet daher, seinen Antrag anzunehmen und die 400'000 Franken

zu streichen.

Die SP-Fraktion sei gegen die Streichung, sagt **Christine Koch** (SP). Sie befürwortet den geplanten Verwaltungsneubau. Die Verwaltung ist auf sehr viele Liegenschaften verstreut, man hat 12 Einmietungen in verschiedenen Objekten. Die Fraktionsmehrheit findet, dass man in dieser Sache vorwärts machen soll. Ein kleiner Teil der Fraktion ist für die Streichung, weil sie der Meinung ist, man sollte mit diesem Verwaltungsneubau abwarten, bis die Fusionsfrage geklärt ist.

Das Ansinnen dieses Budgetpostens sei zu unterstützen, sagt **Christof Hiltmann** (FDP), nämlich dass die verschiedenen Standorte, die es in Liestal gibt, konzentriert werden und somit Effizienzsteigerungen erzielt werden. Genau so wichtig ist aber für die FDP-Fraktion, dass man sich nicht auf einen Neubau versteift, sondern dass man alle möglichen Varianten überprüft. Mit dieser Massgabe ist die FDP-Fraktion ist daher dafür, das Geld auszugeben. Sie wird den Budgetantrag ablehnen.

Die grüne Fraktion werde den Antrag auf Streichung unterstützen, sagt **Klaus Kirchmayr** (Grüne). Die Grünen sind angesichts der finanziellen Lage des Kantons der Meinung, dass es nicht angezeigt ist, momentan in diesem Punkt Prioritäten zu setzen. Auch besteht das Risiko, dass sich die Planungsgrundlagen in den kommenden Jahren signifikant ändern. Es handelt sich daher um ein Projekt, das etappiert werden sollte.

Die SVP-Fraktion lehne das Postulat ab, erklärt **Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP). Die SVP findet, es mache Sinn, ein Vorprojekt zu erstellen, wie es die Regierung angedacht hat. Langfristig besteht hier Sparpotenzial, dies in energetischer Hinsicht, aber auch durch die Zusammenlegung als solche. Der Betrag soll daher bleiben.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) bedankt sich für die mehrheitliche Unterstützung des Anliegens der Regierung. Es geht darum, die vielen teuren Einmietungen an verstreuten Orten aufzulösen und die Verwaltung in einem einzelnen Bau zusammenzuführen, wodurch Synergien genutzt und Kosten eingespart werden können, vor allem auch energetisch. Die Regierung verspricht sich ein Einsparpotenzial von 1,6 Millionen Franken pro Jahr. Selbstverständlich werden in dieser Regierungsvorlage alle Optionen geprüft werden. Man wird auch das Zauberwort PPP – Public Private Partnership – aufnehmen, auch wenn es bisher immer geheissen hat, dies käme teurer, als wenn der Kanton selber baut.

Hinzuweisen ist noch darauf, dass das heutige BUD-Gebäude ohnehin saniert werden muss, wofür man eine Menge Geld in die Hand nehmen muss, und auch der Palazzo Blum, in dem die FKD untergebracht ist, muss saniert werden. Es macht daher Sinn, eine Gesamtstrategie zu entwerfen.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/24 mit 22:49 Stimmen bei 6 Enthaltung ab. [Namenliste einsehbar im Internet; 11.19]

Vor der Diskussion über die Anträge 2102-250_25 und _26 möchte Präsident **Jürg Degen** (SP) die gestern als dringlich erklärte Motion 2012/382 – Verlängerung des Verpflichtungskredits für die Denkmalpflege – behandeln.

Für das Protokoll:
Jörg Bertsch

*

Nr. 962

48 2012/382
Motion der Finanzkommission vom 12. Dezember 2012: Verlängerung des Verpflichtungskredits für die Denkmalpflege

Diese Motion ist, so Landratspräsident **Jürg Degen** (SP), auch im Kommissionsbericht erwähnt; die Finanzkommission hat mit 12:0 Stimmen bei 1 Enthaltung die Einreichung der dringlichen Motion beschlossen, und am Ende heisst es:

«Die Antragsteller behalten sich eine Anpassung ihrer Anträge vor.»

Das ist davon abhängig, ob die Motion überwiesen wird; es besteht ein inhaltlicher Zusammenhang. Der Präsident gibt die Diskussion zur dringlichen Motion der Finanzkommission frei.

Keine Wortbegehren seitens des Landrats

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** erklärt, die Regierung sei bereit, die Motion entgegenzu nehmen. Der Verpflichtungskredit, der Ende Jahr auslaufen würde, soll um ein Jahr verlängert werden. Es sind noch rund 300'000 Franken vorhanden, die man auf diese Weise für die Subventionierungen verwenden kann. Im Jahr 2014 gibt es dann wieder eine neue Ausgangslage. Die Regierungsräsidentin bittet, der Motion zuzustimmen. Die Regierung würde dann eine kurze Landratsvorlage ausarbeiten mit dem Ziel, diese in der ersten Regierungssitzung nach den Festtagen zu verabschieden. Dort wäre dann auch der Antrag enthalten, das Budget um diesen Betrag zu erhöhen.

Präsident **Jürg Degen** (SP) fragt den Rat an, ob es Einwände gegen die Überweisung bestehen. Dies ist nicht der Fall.

://: Die Motion 2012/382 ist stillschweigend überwiesen.

Für das Protokoll:
Jörg Bertsch

Nr. 963

7 2012/250
Berichte des Regierungsrates vom 18. September 2012 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 2012: Jahresplanung 2013

8 2012/250/01-34
Berichte des Regierungsrates vom 13. November 2012

und der Finanzkommission vom 3. Dezember 2012: Anträge zum Budget 2013

[Fortsetzung]

Der **Präsident** gibt die Diskussion über die Budgetanträge 2012-250_25 und _26 frei.

*Landrat **Siro Imber** (FDP) tritt bei der nachfolgenden Beratung der dringlichen Motion 2012/382 sowie der Anträge 2012-250_25 und _26 in den Ausstand.*

Antrag 2012-250_25 von Felix Keller (CVP/EVP-Fraktion) betreffend Beibehaltung der Subventionsbeiträge für Kulturdenkmäler. Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte Direktionen/Dienststelle: Kantonale Denkmalpflege (P2308) CHF +100'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ankündigung einer dringlichen Motion betreffend eine Verlängerung des Verpflichtungskredits bis Ende 2013 mit Restbetragshöhe per Ende 2012 (Budget 2013: CHF +300'000). – Die Antragsteller behalten sich eine Anpassung ihrer Anträge vor.

Antrag 2012-250_26 von Ruedi Brassel (SP-Fraktion) betreffend Beibehaltung der Subventionsbeiträge für Kulturdenkmäler. Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte Direktionen/Dienststelle: Kantonale Denkmalpflege (P2308) CHF +500'000

Antrag Regierungsrat: Ablehnung

Finanzkommission: Ankündigung einer dringlichen Motion betreffend eine Verlängerung des Verpflichtungskredits bis Ende 2013 mit Restbetragshöhe per Ende 2012 (Budget 2013: CHF +300'000). – Die Antragsteller behalten sich eine Anpassung ihrer Anträge vor.

Ruedi Brassel (SP) bedankt sich für die Überweisung der Motion. Dies sei eine Brücke, die man buchstäblich ins Neue Jahr hinüber legen kann, auch eine Brücke zur Verständigung über die Position der Denkmalpflege und die Weiterführung der Subventionsmöglichkeit an Private, was auch zur Folge hat, dass Dritte in die Subventionen eingezogen werden können.

Es geht nun um die Budgetpostulate. Im Landrat besteht die Praxis, dass Ausgaben, von denen man weiss, dass sie getätigt werden, auch wenn die Vorlage noch nicht vorliegt, so ins Budget aufgenommen werden. Das ist übliche Praxis, wie sie auch gestern mehrfach durchgespielt wurde. Der Votant empfiehlt daher, an dieser Stelle entsprechend zu handeln. Dies wäre nur konsequent und klar und würde auch nicht künstlich das Budget verschönern. Wenn der Rat nämlich bereit ist, wie das soeben zum Ausdruck kam, diese ca. 300'000 Franken aus dem Verpflichtungskredit im nächsten Jahr in Anspruch zu nehmen, dann sollte man das auch im Budget abbilden. Der Votant reduziert daher in dem von ihm eingereichten Budgetpostulat 2012-250_26 den Betrag von 500'000 auf 300'000 Franken. Das entspricht betragsmässig in etwa dem, was der Rat sich vorhin vorgenommen hat, und damit entspricht das Budget dem, was tatsächlich realisiert werden soll. Er bittet, den Antrag, reduziert auf 300'000 Franken, anzunehmen.

Felix Keller (CVP) schliesst sich dem Votum von Ruedi Brassel an und bedankt sich ebenfalls für die Ausarbeitung und Überweisung der dringlichen Motion. Der Kanton hat einen gesetzlichen Auftrag, Kulturgüter zu erhalten. Dafür muss der Kanton Geld in die Hand nehmen, vor allem

wenn es darum geht, dass private Liegenschaften unter kantonalen Schutz kommen. Er schliesst sich – man befindet sich ja, was die unterschiedlichen Gebote angeht, fast auf einem arabischen Basar – dem von Ruedi Brassel beantragten Mittelwert von 300'000 Franken an [*Heiterkeit*].

Die FDP-Fraktion, so **Michael Herrmann** (FDP), wird, Basar hin oder her, beide Budgetpostulate ablehnen. Mit der Verlängerung des Verpflichtungskredits hat man jetzt eine gute Lösung gefunden, so dass jetzt kein Antragsfieber auf Ende 2012 mehr ausbrechen muss und man das bereitstehende Geld ohne Eile in gute Projekte investieren kann.

Hans Furer (glp) wundert sich über die Ablehnung seitens der FDP, wo sie doch bei Baselland Tourismus für die Förderung war. Bei der Denkmalpflege muss man verschiedene Dinge berücksichtigen. Zum einen handelt es sich um sehr spezialisierte Handwerkerinnen und Handwerker, die hier tätig werden, wie zum Beispiel Stefan Zemp, der im Ofenbau tätig ist. Es geht um antike Öfen, die kein Mensch mehr restaurieren kann, wenn es keine Handwerker mehr gibt. Diese Spezialisierung führt auch dazu, dass dieser Wirtschaftszweig erhalten bleibt. Zweitens ist wichtig, dass jeder Franken, den man in Denkmalpflege investiert, weitere Mittel auslöst, insbesondere beim Bund. Auch das muss man bei der Restaurierung historischer Bausubstanz beachten. Und drittens, apropos Baselland Tourismus: Weshalb kommt jemand ins Baselland – nicht um das neue Verwaltungsgebäude anzuschauen, sondern um gewisse Kunstdenkmäler zu besichtigen wie zum Beispiel auch den Arlesheimer Dom.

Gerhardt Schafroth (glp) klärt ein Missverständnis auf, die Ausführungen von Hans Furer seien ein Einzelvotum gewesen; das Fraktionsvotum für die BDP/glp-Fraktion komme jetzt von ihm [*Heiterkeit*]. Die BDP/glp-Fraktion unterstützt den Antrag von Ruedi Brassel, die 300'000 Franken zu budgetieren. Er versteht nicht, warum die FDP das nicht budgetieren will, da sie das Geld doch auch ausgeben will. Es handelt sich um einen Verpflichtungskredit, und der gehört ins Budget, sonst ist das Budget fehlerhaft.

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) erinnert daran, dass es seit vielen Jahren üblich ist, dass, wenn eine Vorlage in Aussicht gestellt ist, man den Betrag vorsorglich ins Budget nimmt. Das ist rein formal die Landratspraxis seit Jahren.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) fragt nach: Die Motion, die die Verlängerung des Verpflichtungskredits zum Inhalt hat, wurde stillschweigend überwiesen. Damit müsste man den Betrag nach seinem Verständnis auch ins Budget aufnehmen. Muss man jetzt überhaupt noch über den auf 300'000 Franken reduzierten Antrag abstimmen, oder muss man das nicht? Von der Logik her ist es so, dass der Betrag jedenfalls im Budget stehen muss.

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) erläutert: Ohne die Anträge Keller/Brassel hätte man nichts im Budget, weil Ende 2012 der Verpflichtungskredit zu Ende geht. Man müsste also die von der Regierung angekündigte Vorlage abwarten und sie, falls sie vom Rat angenommen wird, nachträglich ins Budget aufnehmen. Da man aber

nun weiss, dass die Vorlage kommt; muss man es jetzt ins Budget aufnehmen und folglich auch den Anträgen zustimmen.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) ergänzt, um die Verwirrung komplett zu machen: Die Landratsvorlage der Regierung würde einen Antrag enthalten auf Erhöhung des Budgets um den bewilligten Betrag. Der Landrat kann also heute die Budgetanträge beschliessen, dann ist der Betrag bereits im Budget enthalten. Oder er kann die Budgetanträge jetzt ablehnen, aber dann im kommenden Jahr die Landratsvorlage der Regierung in entsprechender Höhe bewilligen. Das sind zwei technisch verschiedene Wege, um zum gleichen Ziel zu kommen. Der Weg mit der nachträglichen Bewilligung der Landratsvorlage war derjenige, der von der Finanzverwaltung vorgeschlagen worden war. Aber der andere ist auch nicht falsch. Der Landrat hat die Wahl.

Ruedi Brassel (SP) findet, es wäre Sand in die Augen gestreut, wenn man den Betrag jetzt nicht ins Budget aufnähme. Er wünscht schöne Weihnachten mit ein bisschen Sand in den Augen.

Michael Herrmann (FDP) teilt mit, er habe sich überzeugen lassen, dass der Betrag jetzt ins Budget genommen werden soll. Die FDP bietet hierzu Hand.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) fragt nochmals nach, ob Ruedi Brassel seinen Antrag auf 300'000 Franken reduzieren würde, was bejaht wird.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) merkt an, er hätte selbstverständlich gerne ein besseres Budget, aber noch lieber ist ihm ein realistisches Budget. Das Geld wird offenbar nicht im 2012 ausgegeben, sondern das gleiche Geld soll nun im 2013 ausgegeben werden. Dann ist es auch korrekt, wenn es im Budget enthalten ist. Nachdem vorhin die Motion überwiesen wurde, empfiehlt er, die Anträge mit dem Betrag 300'000 anzunehmen.

://: Der Landrat nimmt die Budgetanträge 2012/250/25 und 2012/250/26 in der heute gestellten korrigierten Fassung – einheitlich CHF +300'000 – mit 77:0 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.32]

Antrag 2012-250_27 von **Beatrice Herwig** (CVP), **Urs Leugger** (Grüne), **Balz Stückelberger** (FDP) und **Patrich Schäfli** betreffend Erhöhung der Subventionsbeiträge für Kulturdenkmäler zu Gunsten Innensanierung Dom Arlesheim.

Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
Direktionen/Dienststelle: Kantonale Denkmalpflege (P2308)

CHF +500'000

Antrag Regierungsrat: Ablehnung
Finanzkommission: Ablehnung

Es sei sehr erfreulich, sagt **Beatrice Herwig** (CVP), dass der Dom Arlesheim von der Regierung als wertvolles Kulturgut und als historisches Gebäude mit einer auch reli-

gionsgeschichtlichen Bedeutung anerkannt worden ist, und dass die Beiträge an die Sanierung aus dem Swisslos-Fonds geleistet werden sollen. Sie hat jedoch einige Fragen an Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro: Es soll angeblich so sein, dass aus dem Swisslos-Fonds keine öffentlich-rechtlichen Aufgaben unterstützt werden können – trifft das zu? Oder gibt es Wege, eine solche Unterstützung trotzdem möglich zu machen? Zweitens: Falls die Swisslos-Gelder fließen können, wie steht es dann mit den Bundesgeldern? Ist es dem Bund egal, woher die Sanierungsgelder kommen, oder müssen sie vom Kanton selber geleistet werden? Drittens: Falls diese Fragen negativ beantwortet werden würden, falls also die Sanierung also nicht aus Swisslos-Gelder erfolgen könnte, würde die Regierung dann eine Sondervorlage zur Sanierung des Doms machen?

Er freue sich bekanntlich immer, sagt **Hans-Jürgen Ringenberg** (SVP), wenn Swisslos-Gelder im Kanton bleiben. Dies ist hier der Fall. Insofern ist die Finanzierung sichergestellt. Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag daher ab, weil er obsolet ist.

Die FDP-Fraktion, so **Balz Stüchelberger** (FDP), sei überzeugt von der nationalen und internationalen Bedeutung des Arlesheimer Doms als wertvolles Kulturgut. Er hatte das Privileg, bereits mit der zuständigen Regierungsrätin zu konferieren. Er kennt folglich deren Antworten und ist insofern für Rückzug des Postulats, weil offensichtlich die Finanzierung sichergestellt ist.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) geht auf die Fragen von Beatrice Herwig ein: Die Verordnung über Swisslos-Gelder wird angepasst; Regierungsrat Isaac Reber hat den entsprechenden Auftrag von der Regierung bekommen. Allerdings soll dies eine Ausnahmesituation bleiben, und das wird auch so formuliert werden. Es soll wirklich nur bei speziellen Kunstdenkmälern, wie der Dom eines ist, solche Ausnahmen geben. Normalerweise müssen solche Ausgaben aus dem ordentlichen Budget bestritten. Zur zweiten Frage: Ja, der Bund wird auch dann zahlen, wenn der Kanton seinen Anteil aus dem Swisslos-Fonds bestreitet. Dies wurde bestätigt vom Leiter der Sektion Denkmal- und Heimatschutz beim Bundesamt für Kultur. Da dies somit sichergestellt ist, erübrigt sich die dritte Frage.

Beatrice Herwig (CVP) erklärt, dass sie unter diesen Umständen, im Einverständnis mit ihren Mitpostulanten, das Postulat zurückzieht.

– Kapitel Sicherheitsdirektion

Antrag 2012-250_28 von Andres Bammatter (SP-Fraktion) betreffend Erhöhung der Lohnsumme für Fachstelle Kindes- und Jugendschutz.

Konto/Kontogruppe: 301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat SID (P2400)

CHF +80'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Es gehe im vorliegenden Budgetpostulat um eine einmalige

ge Kostengutsprache für die Verlängerung einer befristeten Stelle im Bereich Kinder- und Jugendschutz, hält **Andreas Bammatter** (SP) fest. Mit der Einführung von KESB ist mit grösseren Herausforderungen bei der Umstellung zu rechnen, die sich auch direkt auf das Wohl betroffener Kinder und Jugendlicher auswirken könnten. Durch das Aufheben der betreffenden 60%-Stelle wird zum Beispiel die telefonische Erreichbarkeit dieser Anlaufstelle massiv gekürzt und somit die Wirksamkeit eingeschränkt, da die ratsuchenden Jugendlichen und Kinder keine kurzfristigen Antworten bekommen können. Dies wiederum erhöht das Risiko von Missbrauch für die Betroffenen. Wenn auf die Website der Fachstelle Kinder- und Jugendschutz schaut, so liest man dort:

«Es geht um Kinderschutz: Wenn Sie sich über die Situation eines Kindes oder eines Ungeborenen Sorgen machen, oder ein ungutes Gefühl dabei haben, etwas über eine mögliche Gefährdung vernommen oder vom Kind selbst erfahren haben.»

Es handelt sich also um ein relativ niederschwelliges Angebot. Die Statistik des Jahres 2011 weist aus, dass es 176 Fälle gab, also jeden zweiten Tag einen. In 16 % der Fälle ging es um körperliche Gewalt, bei 13 % um sexuelle Übergriffe und bei 10 % um psychischen Missbrauch, das macht zusammen fast 40 %. Ferner: Bezüglich der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie bei der Weiterbildung in Schulen, bei Lehrpersonen und bei Eltern wird das Jahr 2013 dünn versorgt sein; denn in einer Einarbeitungsphase, wie sie bei KESB gegeben ist, wird voraussichtlich alle Energie auf die vielen Fälle, die übernommen werden müssen, reduziert werden. Damit geht etwas Zweites, nämlich die wichtige präventive Wirkung, verloren, und die Gefahr von Missbrauch wird wieder grösser. Ein gewisser Herr Franklin sagte: «Eine Unze Prävention ist so viel wert wie ein Pfund Therapie.» Hier im Baselbiet würde man sagen: «Vorbeugen ist besser als heilen.» Der Votant bittet die Ratsmitglieder daher nochmals, sich über den Wert von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft Gedanken zu machen und dem Antrag zuzustimmen und 80'000 Franken für eine Verlängerung um ein Jahr zu bewilligen.

Bei dieser Anlaufstelle gehe es um die Beratung in Kinder- und Jugendschutzfällen, sagt **Julia Gosteli** (Grüne). Es gehe um Beratung in Fällen von häuslicher Gewalt. Als Lehrperson weiss sie, dass es diese Fälle gibt. Es geht um die Förderung und Verbesserung des Kinder- und Jugendschutzes im ganzen Kanton. Es handelt sich um eine Triage- und Anlaufstelle für Private und für Fachpersonen, auch für Schulsozialarbeiter sowie für Lehrpersonen, die in nahem Kontakt zu Kindern und Jugendlichen stehen. Man will diese Stelle von 120 % auf 60 % reduzieren. Das heisst auch, die Lehrpersonen, oder die Kinder oder Geschwister in Not können nicht mehr jederzeit diese Kontaktstelle erreichen. Das ist das eine. Das andere ist: Die Votantin weiss von einer Vormundschaftsbehörden-Präsidentin – die politisch nicht in ihrer Nähe angesiedelt ist –, die ihr aber bestätigt hat, dass sie schon des öfteren froh war, in Spezialfällen den Rat dieser Kontaktstelle einholen zu können.

Zudem kam in diesem Gespräch zum Ausdruck: Es wird ja nun 6 KESB-Gruppen im ganzen Kanton geben. Allein bei KESB Leimental rechnet man mit 700 laufenden Massnahmen, die in drei Jahren abgearbeitet werden müssen. Im Bereich Erwachsenenschutz werden sehr viele

neue Dinge hinzukommen, und zwar unter anderem der fürsorgliche Freiheitsentzug. Das bedeutet, man muss jetzt sehr viel mehr Augenmerk auf den Erwachsenenschutz haben, und der Kinderschutz droht ins Hintertreffen zu geraten. Das möchte die Votantin nicht und beantragt daher, dass diese Stelle nochmals für ein Jahr bewilligt wird. Der Administrationsaufwand, der neu auf KESB zukommt, ist riesig. Die Votantin bittet daher, den Antrag von Andreas Bammatter zu unterstützen.

Monica Gschwind (FDP) weist darauf hin, dass es sich bei der vorgesehenen Streichung um eine Massnahme aus dem Entlastungspaket handelt. Wenn man wirklich sparen will, geht das nicht ohne Verzicht. Der Kinder- und Erwachsenenschutz war bis jetzt die Aufgabe der Vormundschaftsbehörden; diese werden jetzt zusätzlich professionalisiert. Diese Professionalisierung erfolgt kostenmässig auf sehr hohem Niveau und die Votantin erwartet daher, dass das Thema auf sehr hohem Niveau weiterbearbeitet wird. Dass der Kinder- und Jugendschutz einen sehr hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat, steht ausser Diskussion. Die FDP-Fraktion folgt jedoch den Erläuterungen des Regierungsrats und lehnt den Antrag deshalb ab.

Christine Gorrengourt (CVP) möchte die Gelegenheit wahrnehmen, der Fachstelle Kindes- und Jugendschutz für ihre gute Arbeit zu danken. An einem Beispiel, das sie selbst als Gemeinderätin mitbekommen hat, möchte sie aufzeigen, dass diese Fachstelle wertvolle und wichtige Hilfe zur Selbsthilfe leistet, dies im Besonderen in der schulinternen Weiterbildung für Lehrpersonen zum Thema Gefährdungsmeldungen. Da kommen dann zum Beispiel Fragen wie: Was deutet bei einem Schulkind auf eine Gefährdung hin? Wie muss ich damit umgehen? Wen muss ich informieren? Wie muss ich informieren? Wo soll ich mich als Lehrperson aber auch zurücknehmen und sagen, dies geht mich nichts an? Man erhält auch Antworten auf Fragen zu den Abläufen sowie zu den kommunalen und kantonalen Anlaufstellen. Die CVP/EVP-Fraktion hofft, dass solche Veranstaltungen für Lehrpersonen auch in Zukunft noch möglich sein werden.

Im Speziellen ist diese Fachstelle aber auch wichtig für die kleinen Gemeinden, die wenig professionelle personelle Ressourcen haben. Sie sind froh, wenn sie unverbindlich bei der Fachstelle anrufen und Rat einholen können. Dass die Regierung in der Begründung ihres Ablehnungsantrags gleichzeitig auf die Wichtigkeit dieser Amtsstelle und auf die Wichtigkeit der Prävention auf dem Gebiet Kinder- und Jugendschutz hinweist, beruhigt die CVP/EVP-Fraktion. Grossmehrheitlich folgt sie jedoch nicht dem Ablehnungsantrag der Regierung, sondern stimmt für den Budgetantrag.

Die SVP-Fraktion lehne den Antrag ab und folge der Argumentation der Regierung, sagt **Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP). Er weist ergänzend darauf hin, dass auch die Finanzkommission den Antrag ohne Gegenstimme mit 11:0 abgelehnt hat.

Lotti Stokar (Grüne) teilt mit, dass ihre Fraktion das Thema kontrovers diskutiert hat. Es kam zur Sprache, dass das, was in der Fachstelle an Präventions- und Projektarbeit geleistet wird, von KESB nicht übernommen werden kann. Von daher ist eine kantonale Fachstelle eine gute Anlaufstelle, um in übergeordneter Hinsicht Beratung an-

zubieten, die vor Ort nicht stattfinden wird. Die Votantin fragt sich, ob es mit der beantragten Verlängerung um ein Jahr getan ist, oder ob man nicht ehrlicherweise sagen müsste: Wenn diese Projekt- und Präventionsarbeit notwendig ist, dann muss man diese Fachstelle weiterführen, und es handelt sich im Rahmen des Entlastungspakets um eine untaugliche Sparmassnahme. Sie sieht es daher jetzt anders als noch zum Zeitpunkt der Abstimmung in der Finanzkommission. Vor dem Hintergrund, dass die Präventions- und Projektarbeit von KESB nicht weitergeführt werden wird, findet sie, dass die Fachstelle weiterlaufen soll. Sie unterstützt daher den Budgetantrag von Andreas Bammatter.

Urs-Peter Moos (parteilos) findet, mit der Einführung von KESB betreibe man einen massiven Aus-bau. Es sei daher nicht einzusehen, weshalb hier Parallelstrukturen geschaffen, respektive erhalten werden sollen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hält fest, die SID sei gewillt, ihren Beitrag zum Haushaltsausgleich zu leisten. Die Einhaltung der Budgetvorgaben ist unter den aktuellen Vorzeichen nur mit partiellem Verzicht möglich. Mit dem vorliegenden Postulat ist ein Element willkürlich herausgepickt worden. Man musste ja auch an anderen Stellen Reduktionen vornehmen. Konkret geht es um den Verzicht auf eine 60-%-Stelle, die ohnehin befristet war. Nach Auffassung der Regierung kann der Grundauftrag der Stelle auch weiterhin wahrgenommen werden. Daher ist der partielle Verzicht vertretbar. Was KESB angeht, so wird es ab dem 1. Januar 2013 im Kanton 6 professionelle Behörden geben anstelle der bisherigen 86. Die bisherigen 86 Behörden war zwar zum Teil auch professionell, aber grossmehrheitlich waren es Gemeinderäte im Nebenamt, häufig ohne Unterstützung durch Fachleute in ihren Gemeinden. Wenn es nun in Zukunft 6 professionelle Behörden als Ansprechpartner gibt, geht die SID davon aus, dass der Aufwand auf ihrer Seite nicht grösser, sondern kleiner wird. Diese Erwartung muss und darf man haben, sonst hätte man mit KESB etwas falsch gemacht. Er beantragt daher, das Postulat abzulehnen.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/28 mit 32:47 Stimmen ab.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.50]

– Kapitel Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Antrag 2012-250_29 von Gerhard Schafroth (BDP/glp-Fraktion) betreffend Streichung des Beitrags an die Umsetzung IT-Strategie Schulen.

Konto/Kontogruppe: 30 Personalaufwand und 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand

**Direktionen/Dienststelle: Generalsekretariat BKSD (P2500)
CHF -3'400'000**

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Der Antragsteller hat den Budgetantrag zurückgezogen.

Präsident **Jürg Degen** (SP) nimmt aufgrund der Kommissionsabstimmung an, dass das folgende Postulat 2012-250_30 relativ viel zu reden geben wird und bricht daher die Behandlung der Budgetanträge an dieser Stelle ab.

Für das Protokoll:
Jörg Bertsch

*

Nr. 964

Frage der Dringlichkeit:
2012/398

Motion der SVP-, FDP-, CVP/EVP-, BDP/glp-Fraktionen vom 13. Dezember 2012: Mehr Bildung – weniger Administration

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) lässt jetzt über die Dringlichkeit der eingereichten Motion 2012/398 – «Mehr Bildung – weniger Administration» – abstimmen. Die Regierung lehnt die Dringlichkeit ab.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** (SP) erinnert daran, dass ganz zu Beginn der heutigen Sitzung bekräftigt worden sei, dass im Interesse einer erfolgreichen Zukunft des Kantons mehr Problemlöserinnen und Problemlöser und weniger Problembringer gefragt seien. Voraussetzung für eine ernsthafte Problemlösung sind sicher eine sorgfältige Analyse und eine sachliche Diskussion auf der Grundlage von Fakten. Gestützt auf die Überzeugung, dass auch der Vorstoss selbst gar nichts darüber sagt, was denn eine solche Dringlichkeit begründen könnte, und weil ihm nicht bekannt ist, dass in den letzten zwei Wochen irgendein bildungspolitisches Ereignis passiert wäre, das eine solche Dringlichkeit rechtfertigen könnte, und da er ferner nicht die Absicht hat, vor Weihnachten noch grosse Weichenstellungen in Richtung mehr Administration zu unternehmen, lehnt der Regierungsrat die Dringlichkeit ab. Bis der Vorstoss im Landrat als ordentliches Geschäft traktandiert wird, empfiehlt Regierungsrat Urs Wüthrich die Lektüre des Bildungsberichts. Damit werden sich die Chancen auf eine Debatte verbessern, die sich auf Fakten und die Bildungsrealität im Kanton stützen kann. Alle, denen die Bildungsqualität im Kanton Baselland am Herzen liegt und nicht der sozialdemokratische Bildungsdirektor ein Dorn im Auge ist, stimmen gegen die Dringlichkeit.

Wie fast immer, erklärt **Christoph Hänggi** (SP), schliesse sich die SP-Fraktion ihrem Regierungsrat an. Es ist überhaupt nicht erkennbar, was an dem Vorstoss dringlich sein soll. Es wird die Behauptung aufgestellt, die Bildungsbürokratie verschlinge mehr Geld etc. Wenn es überhaupt eine Motion ist, ist es sicher keine dringliche. Erst gestern hat der Landrat von der bürgerlichen Regierungsrätin Sabine Pegoraro gehört, er solle seine parlamentarischen Instrumente nicht missbrauchen. Dementsprechend bittet er, sich vor dem Einbringen von Motionen Gedanken über die Dringlichkeit zu machen, im vorliegenden Falle war von vornherein klar, dass es sich nicht um eine dringliche Motion handelt. Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Klaus Kirchmayr (Grüne) sieht in dem Vorstoss weder

eine Motion noch eine Dringlichkeit. Die grüne Fraktion lehne die Dringlichkeit ab. Er verweist auf bereits beantwortete Vorstösse – einer stammte von ihm – zu genau diesem Themenkomplex. Es gibt auch eine Vorlage über Schuladministration, die kommen wird. All die Fragen sind dort detailliert abgehandelt. Der Votant hätte schon die Erwartung, dass Leute, die solche Motionen einbringen, sich zuerst sachkundig machen.

Die FDP-Fraktion unterstütze die Dringlichkeit, erklärt **Monica Gschwind** (FDP). Bis die Motion im ordentlichen Weg traktandiert und überwiesen wird, ist der Landrat schon wieder mitten im Budgetierungsprozess des kommenden Jahres. Bis dann eine Vorlage ausgeschafft und eine Antwort kommt, ist das Budget beschlossen, und es gibt überhaupt keine Auswirkungen auf das Jahr 2014. Die FDP-Fraktion möchte die Motion daher jetzt dringlich überweisen, damit jetzt studiert werden muss und die Resultate ins Budget 2014 einfließen können.

Dominik Straumann (SVP) erklärt, man habe sich sehr wohl etwas dabei überlegt, als man die Motion als dringlich bezeichnete. Nur wenn man den Prozess jetzt anstösst, kann er für das Budget 2014 fruchten. Dringlichkeit wird auch in dem Signal erkannt, das von der Abstimmung vom 25. November 2012 ausging. Das Volk will eine gute Bildung, aber nicht immer noch mehr Kosten, und vor allem eine administrative Entlastung. Deshalb bittet die SVP-Fraktion, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für die BDP/glp-Fraktion erklärt **Gerhard Schafroth** (glp), diese unterstütze die Dringlichkeit und die Motion als solche, damit die Thematik endlich ernsthaft angepackt wird.

://: Der Landrat stimmt mit 44:32 Stimmen für Dringlichkeit. Das erforderliche 2/3-Mehr von 52 Stimmen ist nicht erreicht. Die Dringlichkeit ist abgelehnt.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.56]

Für das Protokoll:
Jörg Bertsch

*

Nr. 965

Mitteilungen

Präsident **Jürg Degen** (SP) schliesst damit die Vormittagssitzung. Am Nachmittag soll zuerst das Budget fertig beraten werden. Anschliessen soll die 2. Lesung des Thomas Schloss Wildenstein erfolgen, danach Fragestunde, danach Beantwortung des dringlichen Postulats zur Messe Schweiz. Danach wird gemäss Traktandenliste fortgefahren.

Für das Protokoll:
Jörg Bertsch

Ende der Vormittagssitzung 11:50 Uhr

*

Nr. 966

Mitteilungen

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) begrüsst auf der Tribüne die Klasse 4a der Sekundarschule Sissach mit den Lehrpersonen Christian Hinden und Andrea Schär und wünscht ihnen einen schönen Nachmittag im Landrat.

*Für das Protokoll:
Patrick Moser, Landeskanzlei*

*

Nr. 967

7 2012/250

Berichte des Regierungsrates vom 18. September 2012 und der Finanzkommission vom #: Jahresplanung 2013

8 2012/250/01-34

Berichte des Regierungsrates vom 13. November 2012 und der Finanzkommission vom #: Anträge zum Budget 2013

Fortsetzung der Detailberatung

Antrag 2012-250_30 von Jürg Wiedemann (Grüne-Fraktion) betreffend Beibehaltung des Beitrags zu Gunsten „Mechaniker Lehrwerkstatt“.

Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte

Direktionen/Dienststelle: Schulabkommen (P2501)
CHF +160'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Christoph Hänggi (SP) namens der SP-Fraktion betont, dass Lernende aus dem Kanton Basel-Landschaft dieselben Chancen haben sollen wie diejenigen aus dem Kanton Basel-Stadt. Es wird zwar argumentiert, dass die Privatwirtschaft genügend Lehrstellen anbietet. Andererseits wollen die Lehrbetriebe nur Schüler mit sehr guten Noten anstellen, die alle ihre Ansprüche erfüllen. Diejenigen Jugendlichen, welche einem Teil der Anforderungen nicht genügen, erhalten eine Absage und Lehrstellen bleiben unbesetzt.

Die Mechaniker Lehrwerkstatt ist eine zusätzliche Möglichkeit, um eine Lehre absolvieren zu können. Sie trägt damit zur Bildungsvielfalt im Kanton Basel-Landschaft bei. Diejenigen, die ihre Ausbildung an der Mechaniker Lehrwerkstatt absolvieren, nehmen zum Teil einen langen Arbeitsweg auf sich. Sie würden dies sicher nicht tun, wenn in ihnen in ihrer unmittelbaren Umgebung eine Lehre mit derselben Qualität zur Verfügung stehen würde.

Christine Gorrengourt (CVP) stellt klar, dass die CVP-Fraktion die vorbildliche Arbeit der Mechaniker Lehrwerkstatt anerkennt. Eine Minderheit der Fraktion unterstützt

deshalb das Budgetpostulat. Die Mehrheit ist jedoch der Ansicht, dass es in diesem Sektor genügend Lehrbetriebe und Lehrstellen gibt. Es ergibt keinen Sinn, mit einer kantonalen Lehrstätte Firmen zu konkurrenzieren und Branchen ihrer Ausbildungspflicht zu entheben.

Michael Herrmann (FDP) gibt zu, dass es nicht leicht fällt, Beiträge für Ausbildungsstätten zu kürzen. Trotzdem spricht sich die FDP-Fraktion gegen das Budgetpostulat aus. Die Zahlen zeigen, dass für eine Ausbildung an der Mechaniker Lehrwerkstatt ein zuwenig grosses Bedürfnis besteht. Zudem gibt es noch andere Ausbildungsangebote.

Martin Geiser (EVP) unterstützt im Namen der Minderheit der CVP/EVP-Fraktion das Budgetpostulat. Die Mechaniker Lehrwerkstatt leistet sehr gute Arbeit. Besonders hervorzuheben ist, dass die Ausbildung an Maschinen aus verschiedenen Generationen stattfindet, währenddem in einem Lehrbetrieb meistens nur Maschinen aus einer Generation zur Verfügung stehen. Die Mechaniker Lehrwerkstatt bildet nicht nur aus, sondern sie erledigt auch Aufträge. Dabei handelt es sich um Kleinstaufträge, die für Firmen in der Privatwirtschaft nicht rentieren. Wenn der Kanton Basel-Landschaft seinen Beitrag streicht, wird es die Mechaniker Lehrwerkstatt schwer haben, weiter überleben zu können. Die Tatsache, dass auch Jugendliche aus dem Oberbaselbiet den langen Arbeitsweg zur Mechaniker Lehrwerkstatt auf sich nehmen, zeigt, dass die Ausbildung einem Bedürfnis entspricht.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion bei diesem Budgetpostulat geteilter Meinung ist. Die Mehrheit der Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen das Postulat unterstützt werden soll.

Regula Meschberger (SP) weist darauf hin, dass zwar nicht alle offenen Polymechaniker-Lehrstellen besetzt werden konnten, dass aber umgekehrt auch nicht alle Jugendlichen, die sich für eine solche Ausbildung interessiert haben, eine Lehrstelle bekommen haben. Die Mechaniker Lehrwerkstatt springt bei den schulisch Schwächeren ein, die Schwierigkeiten haben, eine Lehrstelle zu erhalten und ermöglicht ihnen einen guten Lehrabschluss.

Michael Vollgraff (Grüne) teilt mit, dass die Grüne Fraktion das Budgetpostulat einstimmig unterstützt. Die Mechaniker Lehrwerkstatt bietet hochwertige Ausbildungsplätze an Maschinen an, die nicht in jedem Betrieb vorhanden sind.

Marc Bürgi (BDP) unterstützt im Namen der Minderheit der BDP/glp-Fraktion das Budgetpostulat. Die Mechaniker Lehrwerkstatt braucht eine Planungssicherheit, dazu gehören auch die 160'000 Franken des Kantons Basel-Landschaft. Immer weniger Jugendliche interessieren sich für technische Berufe. Mit der Lehrwerkstätte besteht in der Region die Möglichkeit, dass junge Leute eine gute Ausbildung mit hoch technischen Geräten absolvieren können. Der Kanton Basel-Landschaft profitiert von den Abgängern der Lehrwerkstätte Basel. Das bekannteste Beispiel dafür ist Georg Endress, der Gründer der Firma En-

dress+Hauser, die heute ein weltweites Renommee genießen.

Rolf Richterich (FDP) erinnert daran, dass in Debatten über Bildungsfragen immer darauf hingewiesen wird, dass die Bildungsdirektion Gelder an der richtigen Stelle einsetzen soll. Wenn der Regierungsrat eine Sparmassnahme im Bildungsbereich erkennt, sollte man ihn dabei unterstützen und deshalb das Budgetpostulat nicht überweisen.

Julia Gosteli (Grüne) wendet sich an die Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne: Wenn der Betrag von 160'000 Franken für die Mechaniker Lehrwerkstatt gestrichen wird, können in Zukunft keine Jugendlichen aus dem Kanton Basel-Landschaft dort eine Ausbildung absolvieren. Es geht bei dem Budgetpostulat auch um ein bildungspolitisches Signal. Für die Fachhochschulen und die Universität werden Millionenbeträge ausgegeben, doch das Handwerk hat goldenen Boden.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** (SP) weist auf eine Grundsatzzfrage hin, die zu wenig diskutiert worden ist: Soll neben der dualen Ausbildung parallel ein vollschulisches Angebot für Berufszweige aufgebaut werden, indem man beispielsweise eine Schreinerinnen- oder eine Gartenbau-Lehrwerkstatt aufbaut? Sowohl aus bildungspolitischer als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es richtig, wenn in einem geordnetem Rahmen der Kanton Basel-Landschaft den Ausstieg aus der Mechaniker Lehrwerkstatt jetzt in die Wege leitet. Ein Ausstieg notabene, der mit dem Kanton Basel-Stadt abgesprochen ist.

Ein wesentliches Merkmal der dualen Ausbildung besteht darin, dass sich die Auszubildenden einen Teil der Qualifikation in der Berufsfachschule erwerben und der Lerntransfer unter realen Bedingungen in einem Betrieb geübt werden kann. Es ist eine falsche Entwicklung wenn zunehmend vollschulische Parallelangebote geschaffen werden. Den Lehrbetrieben insbesondere aus dem KMU-Bereich wird damit signalisiert, dass ihnen die Verantwortung für die Ausbildung abgenommen wird.

Der Kanton Basel-Landschaft nimmt bei der Lehrstellenförderung einen Spitzenplatz ein. Die Lehrstelleninitiative und -offensive waren sehr erfolgreich. Es ist für Lehrbetriebe demotivierend, wenn trotz Ausbildungskapazitäten und Programmen Lehrstellen nicht besetzt werden, der Kanton aber gleichzeitig ein mit Steuergeldern finanziertes vollschulisches Parallelangebot macht.

Aussagen, wonach Betriebe gar nicht in der Lage sind, eine breite Ausbildung sicherzustellen, zeugen von Respektlosigkeit und Inkompetenz. Im Unterschied zu einer Lehrwerkstätte müssen sich Ausbildungsbetriebe im Wettbewerb behaupten und tun dies in aller Regel auch erfolgreich.

://: Der Landrat nimmt den Budgetantrag 2012/250/30 mit 47:28 Stimmen bei 4 Enthaltungen an.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.16]

*

Antrag 2012-250_31 von Hans Furer (GLP) betreffend

Aufnahme einer zusätzlichen Position zugunsten des Theaters Basel.

Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte

Direktionen/Dienststelle: Amt für Kultur (P2512)

CHF +2'000'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Der Antragsteller hat den Budgetantrag zurückgezogen.

://: Damit ist der Antrag 2012/250/31 erledigt.

*

– **Kapitel Kantonale Behörden**

Antrag 2012-250_32 von Gerhard Schafroth (BDP-glp-Fraktion) betreffend Reduktion des Beitrages für das Präsidentenfest des Landrates.

Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte

Direktionen/Dienststelle: Landrat (P2000)

CHF -20'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Gerhard Schafroth (glp) erinnert daran, dass im Nachbarkanton Solothurn der Betrag von 10'000 Franken für das Fest des Parlamentspräsidenten üblich ist. Es ist ein schlechtes Zeichen gegenüber der Bevölkerung, wenn der Landrat weiterhin 30'000 Franken für das Präsidentenfest ausgibt, um sich selber zu verpflegen.

Mirjam Würth (SP) lehnt im Namen der SP-Fraktion das Budgetpostulat ab. Am Landratspräsidentenfest nehmen nicht nur Politikerinnen und Politiker sowie geladene Gäste teil, sondern es ist ein Anlass für die ganze Bevölkerung. Das Landratspräsidentenfest soll auch in Zukunft möglichst offen gehalten werden.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) erinnert daran, dass es in Anbetracht der finanziellen Lage des Kantons bei diesem Antrag um einen verhältnismässig geringen Betrag geht. Das Landratspräsidentenfest soll auch in Zukunft in einem würdigen Rahmen stattfinden. Dies darf durchaus auch etwas kosten. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb das Budgetpostulat ab.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2012/250/32 mit 3:66 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

[Namenliste einsehbar im Internet; 14.19]

*

Antrag 2012-250_33 von Gerhard Schafroth (BDP-glp-Fraktion) betreffend Reduktion des Beitrages für Spesen und Anlässe.

Konto/Kontogruppe: 317 Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen

Direktionen/Dienststelle: Regierungsrat (P2001)

CHF -75'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Gerhard Schafroth (glp) zieht den Budgetantrag zurück.

://: Damit ist der Antrag 2012/250/33 erledigt.

*

Antrag 2012-250_34 von Monica Gschwind (FDP-Fraktion) betreffend Streichung der geplanten Stelle im Bereich Aufsichtsstelle Datenschutz.

Konto/Kontogruppe: 30 Personalaufwand

Direktionen/Dienststelle: Aufsichtsstelle Datenschutz (P2402)

CHF -150'000

Antrag Regierungsrat: -

Antrag der Aufsichtsstelle Datenschutz: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Annahme

Monica Gschwind (FDP) ruft in Erinnerung, dass die Aufsichtsstelle Datenschutz nur administrativ der Sicherheitsdirektion angesiedelt ist. Die Aufsichtsstelle arbeitet weisungsunabhängig und untersteht direkt dem Landrat. Deshalb hat sich der Regierungsrat zu ihrem Budget und zur beantragten Stellenerhöhung nicht geäußert.

In den letzten Jahren hat sich der Aufwand der Aufsichtsstelle still und heimlich von 585'000 Franken im Jahr 2009 auf budgetierte 719'000 Franken im Jahr 2012 erhöht. Mit der beantragten Stellenerhöhung würde der Aufwand auf fast 900'000 Franken steigen. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Jahr 2009 um 48%. Die Leiterin der Aufsichtsstelle weist in einer schriftlichen Stellungnahme darauf hin, dass sich die Stelle zu einem Kompetenzzentrum entwickelt hat, bei dem die Beratung von Behörden und Privatpersonen im Vordergrund steht.

Obwohl abzusehen ist, dass das Öffentlichkeitsprinzip in der ersten Phase zu einer Mehrarbeit bei der Aufsichtsstelle führen wird, ist nach dem Ausbau in den letzten Jahren nun eine Phase der Konsolidierung angesagt. Nach der ersten Zeit der vermehrten Anfragen aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips sollte sich der Aufwand wieder in den gewohnten Bahnen bewegen. Bei einer Verweigerung der zusätzlichen Stelle wird gemäss Stellungnahme der Leiterin der Aufsichtsstelle das Schwergewicht auf die Kontrolle gelegt. Zudem stehen der Aufsichtsstelle 58'000 Franken für Untersuchungen von externen Beratern zur Verfügung.

Der Schutz der persönlichen Daten ist in der computer-gesteuerten Welt sehr wichtig. Es ist lobenswert, dass sich die Leiterin der Aufsichtsstelle Datenschutz sehr engagiert. In einer Zeit, in der jede Direktion minutiös nach Einsparmöglichkeiten sucht und Stellen streicht, muss die Frage erlaubt sein, ob ein Stellenausbau beim Datenschutz wirklich unausweichlich ist und der Kanton Basel-Landschaft zumindest während einer Übergangszeit nicht auf den Luxus eines Kompetenzzentrums verzichten kann.

Die FDP-Fraktion hält es für durchaus vertretbar, wenn sich die Aufsichtsstelle Datenschutz im nächsten Jahr auf die Neuerungen im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsprinzip konzentriert und ihre Tätigkeit entsprechend anpasst. Der gesetzliche Auftrag der Aufsichtsstelle ist dadurch nicht gefährdet.

Regula Meschberger (SP) teilt mit, dass die SP-Fraktion den Antrag einstimmig ablehnt. Der Landrat hat eine be-

sondere Verantwortung für die Tätigkeit der Aufsichtsstelle Datenschutz. Dass die Stelle in den letzten Jahren ausgebaut worden ist, war nicht zuletzt auf Änderungen in der Gesetzgebung zurückzuführen, namentlich auf die Revision des Datenschutzgesetzes und die Neuerungen im Zusammenhang mit dem Schengen-Abkommen.

Beim Öffentlichkeitsprinzip wird es nicht nur um Anfangsschwierigkeiten gehen. Die Datenmenge wird in der Zukunft rasant zunehmen. Niemand in den Kantonen und in den Gemeinden weiss, wie mit dieser Datenmenge umzugehen ist. In der Bevölkerung besteht das Bedürfnis, dass die Daten kontrolliert werden. Es muss eine Behörde geben, die mit genügend Ressourcen ausgestattet ist und Verletzungen des Daten- und des Persönlichkeitsschutzes feststellen kann.

Klaus Kirchmayr (Grüne) erinnert daran, dass die Grüne Fraktion dem Datenschutz immer einen hohen Stellenwert eingeräumt hat. Trotzdem wird sie dem Budgetantrag grossmehrheitlich zustimmen. Der Datenschutz im Kanton Basel-Landschaft ist auf einem sehr hohen Stand. Deshalb ist jetzt nicht der richtige Moment, um in diesem Bereich Stellen aufzustocken. Es gilt auch beim Datenschutz anzuerkennen, in welcher finanziellen Gesamtsituation sich der Kanton befindet.

Christine Gorrengourt (CVP) lehnt im Namen der CVP/EVP-Fraktion den Budgetantrag ab. Sie anerkennt, dass die Aufsichtsstelle Datenschutz mit wenigen Stellenprozenten für den Kanton, die Gemeinden und die Bevölkerung eine gute Arbeit leistet. Der Gedanke des Datenschutzes ist noch nicht überall genügend verankert, zudem kommen mit dem Öffentlichkeitsprinzip neue Aufgaben auf die Aufsichtsstelle zu. Deshalb ist die Stellenaufstockung gerechtfertigt.

Siro Imber (FDP) verweist auf die Vorlage zum Informations- und Datenschutzgesetz. Im damaligen Abstimmungskampf wurde zugesagt, dass das Gesetz ausser allenfalls in der Anfangsphase zu keinem Mehraufwand führt. Wenn jetzt auf Vorrat eine Stellenerhöhung bewilligt wird, ist allen klar, dass diese nicht mehr rückgängig gemacht wird. Deshalb sollen erst Erfahrungen mit dem Öffentlichkeitsprinzip gesammelt werden und erst anschliessend über allfällige Stellenaufstockungen entschieden werden. Die Verweigerung der Stellenerhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht als Misstrauensvotum gegenüber der Aufsichtsstelle Datenschutz zu verstehen. Diese leistet eine sehr gute Arbeit.

Hanspeter Kumli (BDP) teilt mit, dass die BDP/glp-Fraktion den Budgetantrag ablehnen wird. Die Aufsichtsstelle Datenschutz erbringt vor allem für kleine und mittlere Gemeinden sehr gute Dienstleistungen.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) informiert, dass die SVP-Fraktion dem Budgetantrag zustimmen wird. Die Aufsichtsstelle ist genügend hoch dotiert, zudem besteht in diesem Bereich noch Optimierungspotenzial. Die Erfahrung zeigt, dass einmal bewilligte Stellen nicht mehr so leicht wieder abgebaut werden können.

Pia Fankhauser (SP) wendet sich gegen den Budgetantrag und weist darauf hin, dass die beantragte Stellen-

aufstockung nicht auf Vorrat erfolgt, sondern begründet ist. Die Datensammlungen nehmen ständig zu, gerade im medizinischen Bereich. Es muss eine Stelle geben, welche über genügend Ressourcen verfügt, um diese Datensammlungen regelmässig zu überprüfen, damit keine Datenschutzverletzungen stattfinden.

Hans Furer (glp) macht darauf aufmerksam, dass es für den Landrat generell schwierig ist zu entscheiden, ob eine Stellenaufstockung tatsächlich begründet ist. Es ist aber davon auszugehen, dass das Bedürfnis für eine Stellen-erhöhung genügend abgeklärt worden ist, wenn sie im Budget erscheint. Es ist jeweils auch zu prüfen, ob eine Stellenerhöhung in einem besonders risikobehafteten Bereich geplant ist. Der Datenschutz ist diesbezüglich eines der heikelsten Gebiete in einem weltweiten Entwicklungsmarkt. Es ist für den einzelnen heute kaum mehr überprüfbar, wo über ihn Daten gesammelt und gespeichert werden. Deshalb ist der Budgetantrag abzulehnen.

Urs-Peter Moos (parteilos) verweist darauf, dass sehr viele Abteilungen in der Kantonsverwaltung in den letzten Jahren neue Aufgaben erhalten haben. ohne dass Stellenprozentage erhöht worden wären. Die Aufsichtsstelle Datenschutz gibt sich ihren Auftrag selber, indem sie sich als Kompetenzzentrum definiert.

Siro Imber (FDP) erinnert noch einmal an die Vorlage zum Informations- und Datenschutzgesetz und den diesbezüglichen Versprechungen, mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips sei kein Mehraufwand verbunden. In der damaligen Vorlage findet sich folgende Passage: "Mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips dürfte anfänglich eine erhöhte Nachfrage nach Beratung entstehen, aber nach einem Jahr bis zwei Jahren wieder abflauen. Sollte sich wider Erwarten erweisen, dass doch zahlreiche und aufwändige Schlichtungsverfahren durchzuführen sind, wären zusätzliche Ressourcen zu prüfen." Es ist nicht in Ordnung, bereits vor dem Inkrafttreten des Informations- und Datenschutzgesetzes Stellenerhöhungen zu bewilligen.

://: Der Landrat nimmt den Budgetantrag 2012/250/34 mit 40:38 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.34]

Antrag des Regierungsrats zum Budget 2013

Konto/Kontengruppe: 312 Stromkosten

Direktion/Dienststelle: BUD, diverse Dienststellen
+ 250'000 CHF

Konto/Kontengruppe: 312 Stromkosten, 4632 Beiträge von Gemeinden/Zweckverbänden (Abwassergebühren)

Direktion/Dienststelle: BUD, AIB (P2306)
Kontengruppe 312 **CHF +160'000**
Kontengruppe 4632 **CHF +160'000**

Finanzkommission: Annahme

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) ruft in Erinnerung, dass der Antrag des Regierungsrates dem [Landratsbeschluss](#) vom 15. November 2012 über die Ökologische Stromversorgung der Verwaltung des Kantons Basellandschaft entspricht. Darin sind diese Gelder bereits bewilligt worden. Der Landratsbeschluss erfolgte jedoch, nach dem das Budget bereits vorgelegen ist.

Keine Wortbegehren

://: Der Landrat nimmt den Antrag des Regierungsrates mit 48:18 Stimmen bei 4 Enthaltungen an.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.36]

*

Beschlussfassung

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) gibt das vorläufige Ergebnis der Budgetdebatte aufgrund der Landratsbeschlüsse bekannt: Für Baselland Tourismus wurden zusätzlich 100'000 Franken bewilligt, für die Denkmalpflege 300'000 Franken und für die Mechaniker Lehrwerkstatt 160'000 Franken.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) verliest die aufgrund der Beratung geänderten Zahlen in den Ziffern 1 bis 3 des Landratsbeschlusses über die Jahresplanung 2013 (Budget).

Ziffer 1

://: Der Landrat stimmt Ziffer 1 des veränderten Landratsbeschlusses 2012/250 mit 58:19 Stimmen bei einer Enthaltung zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.41/1]

Ziffer 2

://: Der Landrat stimmt Ziffer 2 des veränderten Landratsbeschlusses 2012/250 mit 58:19 Stimmen bei einer Enthaltung zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.41/2]

Ziffer 3

://: Der Landrat stimmt Ziffer 3 des veränderten Landratsbeschlusses 2012/250 mit 70:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.42]

Ziffer 4

Dekret zum Steuerfuss 2013

Titel und Ingress, §§ 1 und 2
Keine Wortbegehren.

Rückkommen wird nicht beantragt.

://: Der Landrat stimmt dem Dekret über den Steuerfuss 2013 mit 78:0 Stimmen bei einer Enthaltung zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.43]

Ziffer 5

Keine Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt Ziffer 5 des Landratsbeschlusses 2012/250 stillschweigend zu.

Ziffer 6

Keine Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt Ziffer 6 des Landratsbeschlusses 2012/250 stillschweigend zu.

*

Landratsbeschluss Jahresplanung 2013

vom 13. Dezember 2012

1. Dem Budget 2013 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 2'499.6 Mio. (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 63.4 Mio.) und einem Ertrag von CHF 2'474.8 Mio., was einen Aufwandüberschuss von CHF 24.8 Mio. ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2013 mit Ausgaben von CHF 361.4 Mio. und Einnahmen von CHF 60.9 Mio., ergebend Nettoinvestitionen von CHF 300.5 Mio., wird zugestimmt.
3. Vom aus der Gesamtrechnung resultierenden Finanzierungsbedarf von CHF 331.7 Mio. wird Kenntnis genommen.
4. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2013 wird der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2013 auf 100% festgelegt.
5. Die geänderten Leistungsaufträge der Bau- und Umweltschutzdirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
6. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die Jahresprogramm-Massnahmen 2013 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Beilage 1: Dekret

Für das Protokoll:
Patrick Moser, Landeskanzlei

*

Nr. 968

4 2012/310

Berichte des Regierungsrates vom 23. Oktober 2012 und der Bau- und Planungskommission vom #: Nicht-formulierte Volksinitiative "Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen"; Gegenvorschlag des Regierungsrates; 1. Lesung am 12.12. und 2. Lesung am 13.12.

2. Lesung Finanzhaushaltsgesetz

Titel und Ingress
Keine Wortbegehren

I.

§ 13a

Sandra Sollberger, SVP-Fraktion, unterstützt von Daniel Münger, SP, beantragt folgende Änderung:

¹ Die Schlösser Bottmingen und Wildenstein inklusive Landwirtschaftsbetrieb befinden sich im Finanzvermögen. Sie sind durch den Regierungsrat nicht frei veräusserbar.

² Das Schloss Bottmingen und das Schloss Wildenstein (inklusive Landwirtschaftsbetrieb) können gemeinsam

oder einzeln in eine Stiftung mit Sitz im Kanton eingebracht werden, in deren Stiftungsrat auch die jeweilige Standortgemeinde und der Landrat Einsitzrecht haben, beim Schloss Wildenstein (Inklusive Landwirtschaftsbetrieb) zusätzlich der Verein "Freunde von Schloss Wildenstein". Die Schlösser samt angemessenem Umschwung können auch abparzelliert und nur im Baurecht in die Stiftung eingebracht werden. Hingegen dürfen das Schloss bzw. das Baurecht für das Schloss und der Landwirtschaftsbetrieb Wildenstein nicht voneinander getrennt werden.

³ Für den Fall der Weiterveräusserung durch die Stiftung ist dem Kanton in der Stiftungsurkunde ein limitiertes Vorkaufsrecht einzuräumen, wobei als Vorkaufsfall auch die unentgeltliche Weiterübertragung gilt. Der Preis für die Ausübung des Vorkaufsrechtes soll dem Preis der Einbringung in die Stiftung zuzüglich dem derzeitigen Wert der nachträglich getätigten Investitionen entsprechen. Ferner ist in der Stiftungsurkunde festzulegen, dass im Fall der Auflösung der Stiftung das Schloss Bottmingen und das Schloss Wildenstein (inkl. Landwirtschaftsbetrieb) zu Eigentum an den Kanton Basel-Landschaft zurückfallen.

⁴ Die Zugänglichkeit der Schlösser und des Landwirtschaftsbetriebs für die Öffentlichkeit muss in gebührendem Ausmass sichergestellt sein.

⁵ Der Landwirtschaftsbetrieb Wildenstein ist auf biologischer Basis nachhaltig weiterzuführen unter Beachtung der kulturhistorischen und naturschützerischen Anliegen der Hofumgebung.

Sandra Sollberger (SVP) begründet die neuerliche Eingabe ihres Antrags mit den Reaktionen, die sie auf den Beschluss der ersten Lesung erhalten hat. Die Bevölkerung will definitiv nicht, dass die riesigen Ländereien auseinander gerissen und verkauft werden.

In der ersten Lesung hat Regierungsrätin Sabine Pegoraro vorgerechnet, dass der Kanton Basel-Landschaft einen Verlust von 20 Millionen Franken erleidet, wenn gemäss dem Antrag Sollberger entschieden wird. Diese Berechnung kann nur schwer nachvollzogen werden. In der [Vorlage](#) zum Entlastungspaket 12/15 steht, dass das Hofgut Wildenstein pro Jahr 56'000 Franken Verlust macht. Selbst wenn man nach dem Stallbau, der Abschreibung und der Verzinsung von einem doppelt so hohen Verlust ausgeht und die notwendigen Investitionen von 400'000 Franken dazu zählt, ergibt sich in zwanzig Jahren ein kumulierter Verlust von knapp 2,7 Millionen Franken. Dies ist verglichen mit anderen Zahlen ein relativ geringer Betrag. Zudem bleiben mit der Lösung, die in ihrem Antrag formuliert ist, die Ländereien im Besitz des Kantons.

§ 123 der Kantonsverfassung verpflichtet den Kanton, Massnahmen zur Erhaltung eines eigenständigen und gesunden Bauernstandes sowie einer leistungsfähigen Landwirtschaft zu treffen. Er hat insbesondere die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes zu fördern und zu unterstützen. Wenn der Landrat die Verfassungsbestimmungen respektiert, unterstützt er ihren Antrag.

Stephan Grossenbacher (Grüne) empfindet es als heikel, wenn das Schloss und das Hofgut Wildenstein an eine Stiftung verkauft werden, die ihren Sitz in Basel-Stadt hat.

Zudem gibt es zu bedenken, dass in den nächsten Jahren im Bereich Landwirtschaft durchaus Mehrerträge erzielt werden können, beispielsweise durch einen höheren Milchpreis.

Marianne Hollinger (FDP) erinnert sich an eine Aussage, wonach Landwirtschaftsland, das im Baurecht übernommen wird, nicht weiter verpachtet werden darf. Dies sei der Grund, weshalb die Christoph Merian Stiftung das Land käuflich übernehmen müsse. Ist es aber zulässig, dass ein Eigentümer, der Landwirtschaftsland im Baurecht übernimmt, einen Pächter anstellt?

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) antwortet Sandra Sollberger und verweist auf die Ziffer 2.4.5 des Kommissionsberichts, in dem die Entlastung - nicht Verlust - für den Kanton von 20 Millionen Franken detailliert aufgeführt ist: 10 Millionen Franken kommen von der Basellandschaftlichen Kantonbank, zudem müssen gemäss Schätzungen des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain rund 10 Millionen Franken für Sanierungen in das Hofgut Wildenstein investiert werden. Hinzu kommt der jährliche Betriebsverlust.

Bei einem Verkauf wird der Preis auf der Basis des bäuerlichen Bodenrechts festgelegt. Es ist kaum davon auszugehen, dass das Schloss Wildenstein jemals in eine Bauzone eingezont wird. Im Jahr 1994 hat der Kanton Basel-Landschaft rund 2,5 Millionen Franken für das Schloss und das Hofgut Wildenstein bezahlt. Der Verkaufspreis wird sich in der gleichen Grössenordnung bewegen, da sich der Ertrag des Hofguts nur wenig entwickelt hat.

Ein Hof kann nicht an einen Pächter im Baurecht abgegeben werden. Wenn ein Hof veräussert wird, muss der Erwerber Eigentümer werden.

Sandra Sollberger (SVP) beharrt darauf, dass in der ersten Lesung von regierungsrätlicher Seite von einem Verlust von 20 Millionen Franken gesprochen wurde. Zudem war von einem Investitionsbedarf von 400'000 Franken die Rede und nicht von 10 Millionen Franken.

Kommissionspräsident **Franz Meyer** (CVP) verweist ebenfalls auf die Ziffer 2.4.5 des Kommissionsberichts. Dort wird eine Entlastung zwischen 15 und 20 Millionen Franken genannt. Dieser Betrag setzt sich aus den 10 Millionen Franken zusammen, welche die Basellandschaftliche Kantonbank einwerfen würde, von 5 bis 10 Millionen Franken für die Sanierung des Hofguts plus die voraussichtlichen Verluste des landwirtschaftlichen Betriebs in den nächsten zwanzig Jahren.

Die 400'000 Franken beziehen sich auf eine Investition in der ersten Phase. Die Aussage des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain gegenüber der Bau- und Planungskommission war jedoch eindeutig: In den nächsten rund zwanzig Jahren ist mit Gesamtinvestitionen von 5 bis 10 Millionen Franken zu rechnen ist.

://: Der Landrat stimmt mit 48:23 Stimmen bei 7 Enthaltungen dem Antrag der Bau- und Planungskommission zu und lehnt den Antrag von Sandra Sollberger ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.57]

Die SP-Fraktion beantragt folgende Ergänzung von § 13a des Finanzhaushaltsgesetzes:

⁵ *Bei einer Übertragung des Hofgutes Wildenstein auf eine Drittpartei ist dieser ein möglichst weitgehendes Weiterübertragungsverbot aufzuerlegen. Dem Kanton soll ein Vorkaufsrecht, das dem des Pächters nachgeht, eingeräumt werden.*

Martin Rüegg (SP) teilt mit, dass in der Bau- und Planungskommission das Thema Vorkaufsrecht ausführlich debattiert worden ist. Die Kommission hat es allerdings versäumt, die Ergebnisse seiner Diskussionen in das Finanzhaushaltsgesetzes einfließen zu lassen. Im Kommissionsbericht befindet sich nur ein Verweis auf einen allfälligen Kauf- beziehungsweise Verkaufsvertrag. Dies ist jedoch eine zu schwache Grundlage.

Der vorliegende Antrag ist in Absprache mit Christof Hiltmann (FDP), Urs Leugger (Grüne) und Franz Meyer (CVP) entstanden. Er ist auch abgesprochen mit Regierungsrätin Sabine Pegoraro, welche ihrerseits Rücksprache mit dem Rechtsdienst genommen hat.

Sandra Sollberger (SVP) fragt nach, ob es sich um ein limitiertes oder um ein unlimitiertes Vorkaufsrecht handelt.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) antwortet, dass es sich um ein unlimitiertes Vorkaufsrecht handelt, wenn nichts anderes steht. Wenn das Vorlaufsrecht limitiert wäre, müsste dies ausdrücklich formuliert werden.

://: Der Landrat stimmt mit 55:20 Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Antrag der SP-Fraktion zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.01]

II.
Keine Wortbegehren

– Rückkommen

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– Beschlussfassung

://: Der Landrat stimmt mit 50:22 Stimmen bei 5 Enthaltungen der Ergänzung von § 13a des Finanzhaushaltsgesetzes gemäss der Fassung der Bau- und Planungskommission (Absätze 1-4) sowie gemäss dem vorherigen Beschluss auf Hinzufügung eines Absatz 5 zu. Somit ist die 4/5-Mehrheit verfehlt und es kommt zu einer Volksabstimmung.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.02]

*

Landratsbeschluss zur nichtformulierten Volksinitiative vom 22. Juni 2012 "Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen"

I.
Keine Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt mit 47:26 Stimmen bei 3 Enthaltungen Punkt I. des Landratsbeschlusses zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 15.04]

II.

Keine Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt mit 51:24 Stimmen bei 4 Enthaltungen Punkt II. des Landratsbeschlusses zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.05]

III.

Antrag der SP-Fraktion:

III. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die nichtformulierte Volksinitiative abzulehnen.

IV. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, den Gegenvorschlag anzunehmen.

Kathrin Schweizer (SP) verweist darauf, dass es nicht statthaft ist, die Stimmempfehlungen für die nichtformulierte Volksinitiative und den Gegenvorschlag in einem Punkt zusammenzufassen. Wer zwei Mal Nein oder zwei Mal ja stimmen möchte, kann dies nicht ausdrücken.

Siro Imber (FDP) hält Ziffer III. des Landratsbeschlusses für überflüssig, da in den Ziffern I. und II. die Ablehnung der nichtformulierten Volksinitiative beziehungsweise die Zustimmung zum Gegenvorschlag bereits festgehalten sind.

Ruedi Brassel (SP) erinnert daran, dass Abstimmungsempfehlungen aus den Beschlüssen des Landrates hervorgehen. Die Verknüpfung der nichtformulierten Volksinitiative und des Gegenvorschlags in einer Frage ist unzulässig, weil diejenigen, die in einem Punkt anderer Ansicht sind, ihre Meinung nicht ausdrücken können. Letztlich ist die Ziffer III. im Landratsbeschluss ein überflüssiger Punkt und kann gestrichen werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) beantragt, Punkt III. aus dem Landratsbeschluss zu streichen.

Kathrin Schweizer (SP) zieht den Antrag der SP-Fraktion zurück.

://: Der Antrag der SP-Fraktion ist zurückgezogen.

Felix Keller (CVP) stellt den Antrag, Punkt III. im Landratsbeschluss zu belassen, damit der Landrat eine explizite Abstimmungsempfehlung abgibt.

://: Der Landrat stimmt mit 66:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Streichung von Ziffer III. im Landratsbeschluss zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.09]

*

Landratsbeschluss betreffend nichtformulierter Volksinitiative vom 22. Juni 2012 "Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen"

vom 13. Dezember 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Die nichtformulierte Volksinitiative "Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen" vom 22. Juni 2012 wird abgelehnt.

II.

Dem Gegenvorschlag (Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes) wird zugestimmt.

Beilage 2: Finanzhaushaltsgesetz

Für das Protokoll:

Patrick Moser, Landeskanzlei

*

Nr. 969

12 Fragestunde

1. Christine Gorrengourt: Zusammensetzung "Runder Tisch Energie" Fachgremium

Beim Runden Tisch Energiestrategie wurden diverse Energieunternehmen welche in unserem Kanton in der Energieversorgung tätig sind miteinbezogen. Das EVU IWB ist im Sektor Gasversorgung, Wasserkraft und Windkraft tätig und plant einen Windparkteil in unserem Kanton.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) beantwortet die folgenden Fragen.

Frage 1

Warum wurde das Energieversorgungsunternehmen IWB nicht eingeladen?

Antwort

Am Runden Tisch Energie sind Personen und Institutionen eingeladen worden, die einen engen Bezug zum Kanton Basel-Landschaft haben. Es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Um die Effizienz des Runden Tisches zu gewährleisten, ist der Kreis der Teilnehmer bewusst klein gehalten worden.

Frage 2

Wird das IWB ins Fachgremium "Runder Tisch Energie" bei der Begleitung der Revision Energiegesetz einbezogen?

Antwort

Zur Vorbereitung der Totalrevision des Energiegesetzes wird ein politisch besetzter zweiter Runder Tisch ins Leben gerufen. Die Teilnehmer sind von den Fraktionen bereits nominiert worden. Die Basis für die Diskussionen am Runden Tisch werden die neue kantonale Energiestrategie, die Energiestrategie des Bundes sowie die landrätlichen energiepolitischen Vorstösse sein. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen werden themenbezogen und situativ in die Umsetzung der Energiestrategie mit einbezogen.

://: Frage 1 ist damit beantwortet.

2. Rosmarie Brunner: Bürgernahe Regeln für das Parkieren auf Staatsareal

Beispiel neues Staatsareal Sekundarschulen Hinterzweien in der 30er-Zone der Gemeinde Muttenz und der Katholischen Kirche zwischen den beiden Schulhäusern.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) verweist darauf, dass es sich bei dieser Frage im Grunde genommen um eine verkappte dringliche Interpellation handelt. Anstatt auf die Punkte 1-10 einzeln zu antworten, soll dargestellt werden, was ab dem 1. Januar 2013 gilt. Ab diesem Zeitpunkt dürfen Anwohner und Besucher auf den vom Hochbauamt betreuten Parkplätzen bei Schul- und Verwaltungsbauten abends ab 18.30 Uhr bis morgens um 07.00 Uhr frei parkieren. Am Wochenende gilt die Regelung ab Freitag Abend 18.30 Uhr bis Montag Morgen 07.00 Uhr. Das Hochbauamt will im nächsten Jahr Erfahrungen mit dieser Bestimmung sammeln. Es wird an die Schulleitungen Rundschreiben versenden, dass Lehrkräfte die Schulparkplätze benutzen und ihre Autos nicht auf den Gemeindestrassen abstellen.

Frage 1

Warum kann das Parkieren ab 18 Uhr und an den Wochenenden für die Bürger nicht kostenlos sein, wie es zum Beispiel in Liestal oder Muttenz (Turnhallen Kriegacker-Areal) vom Kanton angewandt wird?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 2

Sollen Kirchgänger oder Turnhallenbenutzer am Abend und am Sonntagmorgen auch noch bestraft werden, wenn sie in der 30er-Zone keine der von der Gemeinde sehr spärlich markierten weissen Parkfelder ergattern können?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 3

Ist es für den Kanton (Hochbauamt) wirklich noch rentabel, wenn sie auch nachts private Firmen entlönnen muss, welche die Gelände kontrollieren müssen?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 4

Sind nicht die Anwohner, die in der Nähe wohnen die Lackierten, wenn sie für ihren Besuch gar keine Gratisparkplätze in ihrer Strasse mehr zur Verfügung haben?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 5

Wird hier nicht einfach wieder der Bürger und Automobilist als immer zahlende Spezies missbraucht?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 6

Was heisst in der Verordnung über das Parkieren auf Staatsareal 'in der Regel' unter Gebühren § 3?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 7

Gibt es nicht auch die sogenannte 'keine Regel ohne Ausnahme, die mit ein bisschen gutem Willen angewandt werden könnte'?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 8

Was bedeutet "Nur für berechtigte Mitarbeiter des Kantons und Besucher der Sekundarschule" konkret (in der Praxis) auf dem Parkverbotsschild? Wenn dies wörtlich ausgelegt wird dürfen nicht Mitarbeiter des Kantons, selbst ausserhalb des Schulbetriebs nicht parkieren.

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 9

Heisst dies, dass Mitarbeiter der Primarschule (Hinterzweien-Schulhaus Muttenz, welches sich zur Zeit auch noch auf Staatsareal befindet) nicht Parkieren dürfen selbst wenn sie bezahlen?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 10

Bedeutet dies, dass Besucher der Kirche in unmittelbarer Nähe am Sonntag nicht parkieren dürfen?

Antwort

Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrätin Sabine Pegoraro.

Frage 11

Wie werden "berechtigte Mitarbeiter des Kantons" identifiziert?

Antwort

Die Berechtigungen werden mit einem Lesegerät überprüft, das die elektronischen Parking-Cards an Fahrzeugen scannt.

Frage 12

Warum wird Staatsareal als Privat bezeichnet?

Antwort

Dies ist die gängige Beschilderung für diese Parkareale. Sie signalisiert, dass ein Parkreglement zu beachten ist.

Rosmarie Brunner (SVP) bedankt sich für die klare Beantwortung der Fragen. Damit sollten sich aufgebrauchte Gemüter wieder beruhigen.

Zusatzfrage von **Hannes Schweizer** (SP) Bedeutet frei parkieren gleichzeitig auch gratis parkieren?

Antwort von Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) Frei parkieren abends ab 18,30 Uhr bis morgens um 07.00 Uhr und am Wochenende bedeutet auch gratis parkieren.

Zusatzfrage von **Marc Joset** (SP) Die Verhältnisse zwischen Kanton, Gemeinden und Privaten auf Parkarealen ist komplex. Hat man Vereinbarungen zwischen den Beteiligten und den Nutzern solcher Parkplätze getroffen?

Antwort von Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) Es geht bei der Regelung nur um Parkplätze auf Kantonsareal. Darauf sollen Kantonsangestellte inklusive Lehrkräfte gegen eine Gebühr parkieren können. Der Kanton ist den Gemeinden entgegen gekommen, so dass auf diesen Parkplätzen abends ab 18.30 Uhr und am Wochenende frei parkiert werden darf.

://: Frage 2 ist damit beantwortet.

3. Klaus Kirchmayr: Wer bezahlt den Abschreiber für die Planung Bruderholz?

Die Planungen für das Bruderholz-Spital haben Kosten von ca. 16 Millionen Franken verursacht. Mittlerweile sind die Spitäler verselbständigt und haben den allfälligen Nutzen aus der Verwendung der in den letzten Jahren erarbeiteten Planungen. Die entsprechenden Planungskosten sind bis jetzt nicht in der Erfolgsrechnung der Spitäler bzw. des Kantons verbucht. Je nachdem wo diese Rechnung verbucht wird, schliesst die Kantonsrechnung besser oder schlechter ab.

Die Beantwortung der Fragen übernimmt Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) Er leitet ein mit der Vorbemerkung, dass der Regierungsrat am 11. Dezember 2012 eine entsprechende Vorlage verabschiedet hat. Die gestoppten Planungen für das Kantonsspital Bruderholz haben Kosten von insgesamt 13,3 Millionen Franken verursacht und nicht von 16 Millionen Franken, wie in der Frage formuliert. Davon trägt der Kanton Basel-Landschaft einen Anteil von 10,6 Millionen Franken und der Kanton Basel-Stadt von 2,7 Millionen Franken.

Der Fonds "P9040 Neubau Kantonsspital Bruderholz" hat am 31. Dezember 2011 einen Betrag von 17 Millionen Franken ausgewiesen. Er wird für die Deckung der Planungskosten beigezogen. Nach Abzug der total aktivierten Projektierungskosten von 7,8 Millionen Franken verbleibt ein Rest in der Vorfinanzierung "P9040 Neubau Kantonsspital Bruderholz" von 9,2 Millionen Franken. Dieser Betrag

wird dem defizitrelevanten Eigenkapital in Form der Konjunkturausgleichsreserve (P9240) gutgeschrieben. Im übrigen wird auf die Vorlage 2012/381 verwiesen.

Frage 1
Wieviel dieser Rechnung soll der Kanton, wieviel das Kantonsspital bezahlen?

Antwort
Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrat Peter Zwick.

Frage 2
Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass ohne Entscheid des Landrates in dieser Frage die Rechnungen 2012 des Kantons bzw. der Spitäler nicht sauber abgeschlossen, bzw. von der Revisionsstelle abgenommen werden können?

Antwort
Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrat Peter Zwick.

Frage 3
Bis wann ist mit einer entsprechenden Landratsvorlage zu rechnen?

Antwort
Siehe einleitende Bemerkungen von Regierungsrat Peter Zwick.

Klaus Kirchmayr (Grüne) bedankt sich für die Antwort. Die Diskussionen werden bei der Behandlung der Vorlage 2012/381 weiter gehen.

://: Frage 3 ist damit beantwortet.

4. Georges Thüring;: Grossbaustelle "Neubau Basler Messe" zum Zweiten!

Die Vorgänge und Ungereimtheiten auf der Grossbaustelle der Messe Basel haben mich bereits anlässlich der letzten Fragestunde veranlasst, verschiedene Fragen zu stellen. In der Zwischenzeit scheint Bewegung in diese leidige Geschichte gekommen zu sein. Dank dem Engagement der Gewerkschaften Unia und Syna - von letzterer haben wir Landräte einen Brief erhalten - wurde das Ganze zu einem öffentlichen Thema. Der Basler Wirtschaftsminister und gleichzeitiges VR-Mitglied der Messe Schweiz (Basel) AG, Regierungsrat Christoph Brutschin, hat sehr deutlich Stellung genommen und die Messe Basel hat Druck auf den Generalunternehmer gemacht. Und inzwischen haben die eidgenössischen Räte die so genannte Solidarhaftung beschlossen. Aufgrund dieser Entwicklung in den letzten zwei Wochen gestatte ich mir, folgende (ergänzende) Fragen.

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) beantwortet die Fragen. Er leitet ein mit der Bemerkung, dass der Kanton Basel-Landschaft keine Verstösse gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen toleriert. Die Bauherrschaft, der Generalunter-

nehmer sowie die zuständigen Behörden müssen alles in ihrer Macht stehende unternehmen, dass solche Verstösse nicht mehr vorkommen.

Frage 1

Der Kanton Basel-Landschaft ist bekanntlich Aktionär der Messe Basel und nimmt entsprechend Einsitz im Verwaltungsrat. Wäre aufgrund dieser Ausgangslage eine - zumindest kurze - Stellungnahme des Regierungsrates zu den Vorgängen auf der Grossbaustelle der Messe Basel nicht angebracht gewesen? Gab es allenfalls gewichtige Gründe, dies nicht zu tun?

Antwort

Der Regierungsrat hat im Verwaltungsrat der Messe Basel seine Haltung deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie stimmt mit dem Standpunkt des Kantons Basel-Stadt sowie mit den Verantwortlichen der Messe Basel absolut überein. Der Verwaltungsrat der Messe Basel hat von den Vorfällen auf der Baustelle Kenntnis, einerseits über die Baukommission, welche das Projekt als Aufsichtsorgan begleitet, andererseits auch über die laufende Berichterstattung durch die Gruppen- beziehungsweise Gesamtprojektleitung. Verwaltungsratsmitglied Regierungsrat Christoph Brutschin hat es übernommen, als Vertreter der Regierung Gespräche mit den verantwortlichen Projektleitern und Institutionen zu führen.

Frage 2

Das Baselbiet beteiligt sich mit einem namhaften Beitrag am Neubau der Messe Basel. Wäre es aufgrund der bisherigen Erfahrungen nicht nötig, solche Beiträge/Beteiligungen seitens unseres Kantons an verbindliche und allenfalls sanktionsfähige Auflagen hinsichtlich der strikten Einhaltung von arbeitsrechtlichen Regeln und der geltenden Vorschriften bezüglich Arbeitssicherheit zu knüpfen?

Antwort

Mit der Beteiligung am Neubau der Messe Basel war die Auflage verknüpft, dass sich auch Baselbieter Unternehmen an der Auftragsvergabe bewerben dürfen. Da die Federführung dafür bei der Messe Basel liegt, gelten die arbeitsrechtlichen Regelungen des Kantons Basel-Stadt. Der Kanton Basel-Landschaft befürwortet die strikte Einhaltung dieser Bestimmungen.

Frage 3

Wurde der basellandschaftliche Kostenbeitrag bzgl. Neubau Messe Basel schon bezahlt oder erfolgt dies in Tranchen?

Antwort

Die beiden à fonds perdu Beiträge in der Höhe von 20 Millionen Franken sind in den Jahren 2010 und 2011 in zwei Tranchen überwiesen worden. Zwei rückzahlbare zinslose und zinsgünstige Darlehen von 30 beziehungsweise 35 Millionen Franken sind ebenfalls in den Jahren 2010 und 2011 ausbezahlt worden. Dies im Einklang mit den entsprechenden Landratsvorlagen und der Volksabstimmung vom 28. September 2008.

Frage 4

Was gedenkt der Regierungsrat hinsichtlich der Life Sciences-Projekte vorzukehren oder was hat er gegeb-

nenfalls schon getan?

Antwort

Hierauf kann keine Antwort gegeben werden, da sich aus der Fragestellung der Zusammenhang zwischen dem Bau der Messe Basel und Life Sciences-Projekten nicht erschliesst.

Frage 5

Wie stellen der Regierungsrat respektive die einzelnen Direktionen sicher, dass auf eigenen Baustellen solche schwer kontrollierbaren Subunternehmer-Ketten-Konstrukte wie im Falle der Grossbaustelle der Messe Basel nicht stattfinden respektive die Bestimmungen des Entsendegesetzes trotzdem strikte eingehalten werden?

Antwort

Der Nachweis über die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge ist bei der Angebotseingabe durch die Anbieter zu erbringen. Im weiteren müssen sie wichtige Subunternehmer - soweit erforderlich - im Angebot nennen. Bei der Vertragsunterzeichnung muss dem Auftraggeber die abschliessende Liste der Subunternehmer vorgelegt werden. Die Kontrollen bei der Realisierung finden zweigleisig statt: Einerseits basierend auf den Rechtsgrundlagen des Kantons Basel-Landschaft durch das KIGA gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt, andererseits können gestützt auf die flankierenden Massnahmen respektive den allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen die öffentlichen Baustellen von den zuständigen paritätischen Organen kontrolliert werden.

Frage 6

Wie bewertet der Regierungsrat die von den eidgenössischen Räten beschlossene Einführung der Solidarhaftung?

Antwort

Der Regierungsrat schliesst sich in der Frage der Solidarhaftung der Meinung der Schweizerischen Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz an. Er begrüsst, dass auf die Problematik der Subunternehmer eingegangen wird. Über die Wirksamkeit der Solidarhaftung können zurzeit keine Aussagen gemacht werden, da die notwendigen Vollzugsbestimmungen noch ausgearbeitet werden müssen. Heikle Punkte sieht der Regierungsrat insbesondere bei den privatrechtlichen Rechtswegen, in der Umsetzung von Befreiungsmöglichkeiten des Entsendeunternehmens und bei der Haftung des Nachweiserbringers betreffend der Einhaltung von geltenden Arbeitsbedingungen beim Erstaufritt auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Als Mangel beurteilt der Regierungsrat, dass die Kautions aus dem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen für die Einlösung der Subunternehmerhaftung nicht beigezogen werden kann. Diese deckt weder nicht bezahlte Löhne noch Verwaltungsbussen ab, sondern lediglich die Forderungen der paritätischen Kommission.

Frage 7

Welche gesetzlichen oder vollzugsmässigen Mängel ortet der Regierungsrat in der Durchsetzung der flankierenden Massnahmen? Gibt es Unterschiede auf öffentlich-rechtlichen und privaten Baustellen?

Antwort

Der Regierungsrat beurteilt die Durchsetzung der flankierenden Massnahmen genau so wie der Bund. Aufgrund eines Postulats im Nationalrat sind auf den 1. Januar 2013 diverse Massnahmen für einen verbesserten Vollzug beschlossen worden. Zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Baustellen gibt es keine Unterschiede. Öffentliche Baustellen stehen jedoch unter deutlich höherer Beobachtung durch die Politik und die Medien.

Georges Thüring (SVP) bedankt sich für die Beantwortung seiner Fragen.

://: Frage 4 ist damit beantwortet.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) erinnert aufgrund der zum Teil sehr ausführlichen Fragen an § 40 des Landratsgesetzes, wonach der Regierungsrat in der Fragestunde *kurze* schriftliche Fragen von Ratsmitgliedern aus dem Bereich der kantonalen Politik beantwortet. In § 51 des Dekrets zum Landratsgesetz heisst es ergänzend dazu, dass die Fragen *knapp formuliert* sind. Die Beantwortung von umfassenden Fragen ist mit einem grossen Arbeitsaufwand verbunden.

Für das Protokoll:
Patrick Moser, Landeskanzlei

*

Nr. 970

49 2012/383

Postulat von Daniel Münger, SP-Fraktion, vom 12. Dezember 2012: Die Messe Basel hat ihre Verantwortung wahrzunehmen!

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) teilt mit, dass der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen.

Keine Wortbegehren

://: Das Postulat 2012/383 wird stillschweigend überwiesen.

Für das Protokoll:
Patrick Moser, Landeskanzlei

*

Nr. 971

9 2012/338

Berichte des Regierungsrates vom 13. November 2012: Rechtsgültigkeit der formulierten Verfassungsinitiative "Förderung des selbstgenutzten und des gemeinnützigen Wohnungsbaus"; direkte Beratung

Keine Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt der Rechtsgültigkeit der Initiative mit 60:0 Stimmen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.29]

Für das Protokoll:
Patrick Moser, Landeskanzlei

*

Nr. 972

10 2012/157

Berichte des Regierungsrates vom 5. Juni 2012 und der IGPK Rheinhäfen vom 1. November 2012: Schweizerische Rheinhäfen - Orientierung über das Geschäftsjahr 2011 gemäss § 36 Abs. 2 Staatsvertrag

Agathe Schuler (CVP) als Vizepräsidentin der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission fasst den Bericht zusammen. Die Jahresrechnung der Schweizerischen Rheinhäfen für das Jahr 2011 schloss mit einem Ertragsüberschuss von rund 7,5 Millionen Franken. Nach einer wechselkursbedingten Bereinigung und einer Zuweisung an die allgemeinen Reserven sind davon rund 4 Millionen Franken an den Kanton Basel-Landschaft als Ertrag geflossen. Das Ergebnis der Schweizerischen Rheinhäfen wird wie in den Vorjahren vor allem durch eine gewinnbringende Arealbewirtschaftung erbracht, derweil die Hafengebühren nicht kostendeckend sind.

Trotz des guten Resultats gab in der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission die fehlende Infrastruktur- beziehungsweise "Spartenrechnung Hafenebetrieb und Infrastruktur" zu Kritik Anlass. Dies vor allem deshalb, weil bereits für das Jahr 2010 die IGPK die Rechnungen ausdrücklich verlangt hatte. Die Infrastrukturrechnung wurde von den Schweizerischen Rheinhäfen abschliessend nachgeliefert. Daraus geht hervor, dass der Minderertrag aus dem Hafenebetrieb rund 1,23 Millionen Franken beträgt. Die Tatsache, dass der Hafenebetrieb defizitär ist, muss offen gelegt werden, um allenfalls Bundessubventionen für die Hafenanlagen zu erhalten.

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Landrat, von ihrem Bericht sowie vom Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Rheinhäfen 2011 Kenntnis zu nehmen.

Franz Hartmann (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Anträgen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission zustimmen wird. Er beklagt, dass zum wiederholten Male an der ersten Sitzung der IGPK im Juni 2012 kein Mitglied des Verwaltungsrates anwesend war. An der Augustsitzung nahmen neben dem Verwaltungsratspräsidenten die beiden im Verwaltungsrat vertretenen Regierungsräte der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt teil.

Das Jahr 2011 war geprägt durch zwei ausserordentliche Ereignisse: Eine Havarie bei St. Goar führte dazu, dass der Rhein vier Wochen lang nur stark eingeschränkt befahrbar war. Dazu gab es im Frühling und im Herbst zwei aussergewöhnlich lange Niedrigwasser-Perioden. Diese brachten den Schweizerischen Rheinhäfen einen Verlust von rund 330'000 Franken.

Im Geschäftsbericht 2011 ist auch das erste Geschäftsjahr der Hafenbahn Schweiz verzeichnet. Die Hafenbahn weist

einen Fehlbetrag von rund 860'000 Franken auf. Dank eines Entscheids des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. August 2012 kann erhofft werden, dass der Betrag noch ausgeglichen wird.

Um den Minderertrag aus dem Hafetrieb auszugleichen, gibt es drei Optionen: Den Status quo beizubehalten und weiterhin eine Quersubventionierung aus der gesamten Hafentreue vorzunehmen, die Hafengebühren zu erhöhen oder eine Mitfinanzierung durch den Bund zu erwirken. Der letzten Möglichkeit hat der Bundesrat in Beantwortung einer Motion von Ständerat Claude Janiak eine Absage erteilt.

Ein weiteres Problemfeld in der Hafentreue ist die Sanierung der Pensionskasse. Diese weist eine Deckungslücke von 2,4 Millionen Franken auf. Die Revisionsstelle BDO hat empfohlen, im Jahr 2011 für die Sanierung der Pensionskasse eine Rückstellung von 800'000 Franken zu tätigen. Der Verwaltungsrat ist dieser Empfehlung nicht gefolgt und hat nur 100'000 Franken als Rückstellung eingesetzt. Begründet hat er dies, dass zuerst die Bestimmungen zur Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, welcher die Pensionskasse der Schweizerischen Rheinhäfen angeschlossen ist, abgewartet werden müssen.

Unter den Rückstellungen sind Ferien- und Überzeitguthaben im Betrag von 386'000 Franken für die 24 Angestellten der Schweizerischen Rheinhäfen ausgewiesen. Dies ist zwar ein leichter Rückgang von gut 3% gegenüber dem Jahr 2010. Wenn dies im selben Tempo weiter geht, wird es noch dreissig Jahre dauern, bis die Ferien- und Überzeitguthaben abgebaut sind. Die Aussichten auf einen schnelleren Abbau sind gemäss Aussagen des Hafendirektors allerdings nicht sehr vielversprechend.

Die 4 Millionen Franken, die an den Kanton Basel-Landschaft als Ertrag fliessen, sind nicht einmal die Hälfte des Betrags, die dem Kanton zugute kamen, als die Baselbieter Rheinhäfen noch eigenständig waren. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Abwärtsbewegung nicht noch weiter fortsetzt. Betrachtet man die Ausbaupläne für die Entwicklung des Hafens mit dem entsprechenden Finanzierungsbedarf, ist hinter diese Hoffnung jedoch ein grosses Fragezeichen zu setzen.

Regula Meschberger (SP) informiert, dass die SP-Fraktion die Anträge der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission unterstützen wird. Sie weist darauf hin, dass die Entwicklung der Schweizerischen Rheinhäfen positiv zu werten ist, inklusive des direkten Bahnanschlusses vom Auhafen an den Rangierbahnhof Muttenz. Mit Vorliegen der Infrastrukturrechnung ist Transparenz geschaffen worden. Auf dieser Basis kann ein neuerlicher Vorstoss zum Erhalt von Bundessubventionen lanciert werden.

Christof Hiltmann (FDP) berichtet, dass auch die FDP-Fraktion den Anträgen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission Folge leisten wird. Es ist wichtig, dass es die IGPK gibt, weil die Schweizerischen Rheinhäfen ein gewisses politisches Sensorium vermissen lassen, obwohl der Verwaltungsrat sehr prominent besetzt ist. Es ist unverständlich, weshalb die Infrastrukturrechnung so

lange auf sich hat warten lassen, ist sie doch die Grundlage, um allenfalls Bundessubventionen einfordern zu können. Dies auch im Hinblick auf die sehr sportlichen Ausbaupläne der Schweizerischen Rheinhäfen.

Stephan Grossenbacher (Grüne) unterstützt im Namen der Grünen Fraktion die Anträge der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission. Er ruft in Erinnerung, dass die Wasserwege ein kostengünstiges und zukunftsträchtiges Transportmittel sind und die ganze Welt verbinden. Die Beteiligung Schweizerischer Rheinhäfen an der Rheinhafengesellschaft Weil am Rhein ist zum günstigsten Zeitpunkt erfolgt.

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Detailberatung Landratsbeschluss

Titel und Ingress keine Wortbegehren
Ziffern 1 bis 3 keine Wortbegehren

Rückkommen wird nicht verlangt.

://: Der Landrat nimmt vom Bericht der Schweizerischen Rheinhäfen zum Geschäftsjahr 2011 mit 66:0 und einer Enthaltung Kenntnis.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.42]

Für das Protokoll:
Patrick Moser, Landeskanzlei

Nr. 973

11 2012/208

Berichte des Regierungsrates vom 10. Juli 2012 und der IGPK UKBB vom 11. November 2012: Geschäftsbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) macht darauf aufmerksam, dass der gültige Entwurf des Landratsbeschlusses separat auf rosaroten Blättern verteilt worden ist.

Regula Meschberger (SP) als Vizepräsidentin der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitätskinderhospital (IGPK UKBB) stellt fest, dass das Universitätskinderhospital auf ein grundsätzlich erfolgreiches Geschäftsjahr 2011 zurückblicken kann. Die Rechnung schliesst mit einem positiven Ergebnis von rund 700'000 Franken ab. Damit ist auch das Eigenkapital von 4,5 auf 5,2 Millionen Franken angewachsen.

Die Einführung der DRG ist im Gegensatz zu anderen Spitälern reibungslos verlaufen. Das UKBB gehört zu denjenigen Spitälern, die auf der Basis der neuen Bestimmungen im ersten Halbjahr bereits Rechnung gestellt haben. Inhaltlich nimmt der Trend zur ambulanten Behandlung rasant zu. Die Anzahl der Pflergetage hat sich reduziert,

dafür hat die einzelne Verweildauer zugenommen. Dies hängt mit der höheren Zahl schwerkranker Kinder, Früh- und Neugeborener zusammen.

Wie alle Kinderspitäler hat das UKBB das Problem, dass DRG, Tarmed sowie die gemeinwirtschaftlichen Leistungen auf die Erwachsenenmedizin ausgerichtet sind. Diese Instrumente berücksichtigen die spezielle Situation der Kindermedizin zu wenig. Die Pflegeintensität ist bei Kindern meist höher als bei Erwachsenen.

Wie bei vielen anderen Institutionen weist die Pensionskasse des UKBB eine Unterdeckung auf. Es ist aber noch nicht klar, wie die Ausfinanzierung vor sich gehen wird. Hier bleibt abzuwarten, was der definitive Staatsvertrag vorsehen wird.

Im Personalwesen fallen die massiven Überstunden auf. Diese hängen mit dem Umzug und die Inbetriebnahme des neuen Spitals zusammen. Die Überstunden konnten teilweise abgebaut werden, jedoch nicht im gewünschten Ausmass. Die Hoffnung bleibt, dass bis Ende 2012 ein weiterer Abbau der Überstunden stattfinden wird. Ein besonderes Augenmerk hat die IGPK dem Bereich Ausbildung geschenkt. Es gibt keine spezifische Ausbildung für die Kinderkrankenpflege mehr. Neu angestellte Personen benötigen deshalb eine längere Einführungszeit, was zeit- und kostenaufwändig ist. Besonders dramatisch ist die Situation bei der Intensivpflege. Die IGPK hat sich in ihrem Bericht Gedanken dazu gemacht, wie der Notstand gemindert werden kann. Sie wird sich eingehend mit der Ausbildungssituation befassen und mit den anderen Kinderspitälern abklären, wie diese die Situation einschätzen. Die Lösung muss auf gesamtschweizerischer Ebene gefunden werden.

Die baulichen Mängel sowie die Parkplatzsituation sind noch nicht behoben. Gegenüber der IGPK wurde geäußert, dass mit Immobilien Basel-Stadt eine Lösung gesucht wird.

Der Entwurf für den Landratsbeschluss wurde neu verteilt, weil im ursprünglichen Beschluss ein Punkt herausgefallen ist. Die IGPK beantragt, den Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitäls beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011 sowie zum externen Revisionsbericht zur Kenntnis zu nehmen und den weiteren Anträgen zuzustimmen.

Georges Thüring (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion in positivem Sinn vom Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2011 des UKBB Kenntnis nimmt. Der Dank geht an die verantwortlichen Stellen und des Personals des UKBB für die gut geleistete und sicher nicht immer einfache Arbeit. Das positive Rechnungsergebnis zeigt, dass das UKBB unternehmerisch auf dem richtigen Weg ist.

Das Jahr 2011 war für das UKBB geprägt durch den Umzug an den neuen Standort. Die nicht unerheblichen Neuinvestitionen haben sich als richtig und sinnvoll erwiesen. Für die drängende Parkplatzfrage muss aber rasch eine Lösung gefunden werden.

Es musste zur Kenntnis genommen werden, dass sich die

ursprüngliche Planung der beiden Regierungen aus dem Jahr 2005, die von einem Stellenabbau durch Synergieeffekte am neuen Standort ausging, als völlig unrealistisch erwiesen hat. Im UKBB sind rund 760 Personen beschäftigt, was rund 560 Vollstellen entspricht. Eine externe Studie hat ergeben, dass dieser Personaletat für aussergewöhnliche Situationen, wie sie im Jahr 2011 vorkamen, nicht ausreicht. Deshalb kam es zu den massiven Überstunden.

Die Unterdeckung der Pensionskasse wird die Erfolgrechnung des UKBB ab dem Jahr 2014 belasten. Diese Aussicht bereitet schon jetzt gewisse Sorgen, da die Rechnung der UKBB unter Druck kommen wird. In diesem Zusammenhang kann man auf den definitiven Staatsvertrag sehr gespannt sein.

Die Rekrutierung von ausgewiesenen Fachkräften stellt sich als ernst zu nehmendes Problem dar. Die heutige inländische Ausbildungssituation ist unbefriedigend, ausländische Berufsgattungen sind in der Schweiz nicht entsprechend anerkannt. Es braucht deshalb eine gesamtschweizerische Lösung.

Pia Fankhauser (SP) berichtet, dass die SP-Fraktion den Anträgen einhellig zustimmt. Auf zwei Punkte ist speziell hinzuweisen: Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind im Bundesgesetz nicht klar definiert und nur negativ erwähnt. Hier ist ein Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichts abzuwarten. Bei der Ausbildungssituation ist beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT vorstellig zu werden, dass die Fachhochschulen spezielle Ausbildungsgänge für die Kinderkrankenpflege anbieten. Der politische Druck muss hierbei hoch gehalten werden. Es kann nicht sein, dass die Kinderkliniken im laufenden Betrieb die Ausbildungssituation von sich aus auffangen.

Regina Vogt (FDP) teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Anträgen zustimmen wird. Die Leitung des UKBB hat unter dem Motto "Wir sind auf der richtigen Spur" die angestrebten Ziele erreicht. Eine grosse Herausforderung wird darin bestehen, mit der Einführung der DRG die entsprechenden Vorgaben umzusetzen und einzuhalten. Die Spitalleitung hat sich hohe Ziele gesetzt. Im Bereich Forschung wird ein Netzwerk genutzt und gleichzeitig der universitäre Schwerpunkt im Bereich "Life Sciences" gestärkt. Aufgrund einer Steigerung der Drittmittel von 9,2% ist ein Betrag von 3,8 Millionen Franken generiert worden. Eine weitere Herausforderung stellen die Übergänge zwischen der Lehre, der Forschung und der Patientenversorgung mit der entsprechenden Kostentransparenz dar. Ein Faktor, der auch für den Kanton Basel-Landschaft als zahlender Partnerkanton relevant sein dürfte.

Agathe Schuler (CVP) informiert, dass die CVP/EVP-Fraktion die Anträge der IGPK unterstützen wird. Sie weist darauf hin, dass der vorliegende Geschäftsbericht der erste des UKBB vereint und am neuen Standort ist. Daraus geht hervor, dass der Betrieb und die Finanzen in geordneten Bahnen verlaufen. Wichtig ist, dass in der Frage der Ausbildung eine Lösung gefunden wird, insbesondere beim Pflegepersonal für Neonatologie und in der Intensivmedizin.

Für das Protokoll:
Patrick Moser, Landeskanzlei

*

(Fortsetzung)

Philipp Schoch (Grüne) stellt fest, das UKBB sei nun an einem Standort in Basel angekommen. Sowohl für das Unternehmen selbst als auch für die Patientinnen und Patienten kann dies als positiv bezeichnet werden. Die Mitglieder der Fraktion der Grünen möchten sich bei allen Mitarbeitenden des UKBB herzlich bedanken für ihren Einsatz zu Gunsten der jungen Patientinnen und Patienten.

Den Grünen ist es wichtig, dass die Ausbildung vor allem für Pflegende der Kinderintensivstation auf eine andere Basis gestellt wird. Heute lassen sich in der gesamten Schweiz zu wenig Fachpersonen finden, welche im speziellen Bereich der Kinderintensivstationen und vor allem auch bei Frühgeborenen eingesetzt werden können. Diese Situation muss dringend geändert werden, falls der heute bestehende und auch für die Zukunft angestrebte Qualitätsstandard längerfristig bestehen bleiben soll.

Die Grüne Fraktion unterstützt sämtliche Anträge der IGPK UKBB.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Detailberatung Landratsbeschluss

Titel und Ingress *keine Wortbegehren*

Ziffern 1 bis 5 *keine Wortbegehren*

Schlussabstimmung

://: Mit 73:0 Stimmen verabschiedet der Landrat den Landratsbeschluss betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011.
[Namenliste einsehbar im Internet; 16.01]

Rückkommen wird nicht verlangt.

Landratsbeschluss betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011

(partnerschaftliches Geschäft)

vom 13. Dezember 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Der Landrat nimmt den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2011 sowie zum externen Revisionsbericht zur Kenntnis.*
2. *Der Jahresbericht und die Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für*

das Betriebsjahr 2011 werden genehmigt.

3. *Das positive Unternehmensergebnis in Höhe von CHF 698'165 wird vollständig auf die neue Rechnung übertragen.*
4. *Die Position «Investitionsfonds Mobilien Neubau» wird in «Reserven» umbenannt und bleibt unverändert in der Höhe von CHF 5'626'411 im Eigenkapital der Bilanz.*
5. *Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Partnerkanton im gleichen Sinne entscheidet.*

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 974

13 2012/169 Interpellation von Monica Gschwind vom 14. Juni 2012: Steuerbelastung der natürlichen Personen im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 18. September 2012

://: Der von der Interpellantin beantragten Diskussion wird stattgegeben.

Monica Gschwind (FDP) dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen. Seit sich das strukturelle Defizit in unserem Kantonshaushalt zum Hauptthema entwickelt hat und über entsprechende Entlastungsmassnahmen diskutiert wird, behaupten gewisse Kreise unablässig, die finanzielle Schieflage sei durch Steuerentlastungen für Reiche verursacht worden. Die Antwort auf die vorliegende Interpellation jedoch zeigt ein völlig anderes Bild.

Das Ziel der letzten Steuergesetzrevision per 1. Januar 2007 lag darin, Entlastungen für Verheiratete, Familien und einkommensschwache Rentner zu erwirken. Diese Ziele wurden gemäss den vorliegenden Antworten sehr gut erreicht. Die Heiratsstrafe wurde abgeschafft und Familien mit beispielsweise zwei Kindern zahlen bei einem Bruttoeinkommen von 6'000 Franken keine Steuern. Einzig der Sozialabzug für Rentnerinnen und Rentner habe sich nicht in allen Fällen bewährt. Eine entsprechende Korrektur im Rahmen der nächsten Steuergesetzrevision, welche bereits ausgearbeitet wurde, wird hier Abhilfe schaffen. Gesamthaft resultierten aus der genannten Steuergesetzrevision Ausfälle beim Kanton und den Gemeinden in der Höhe von 64 Mio. Franken.

Werden die Tabellen und Vergleiche aus dem Bericht der Regierung analysiert und mit den Nachbarkantonen verglichen, wird sofort ersichtlich, dass die Steuerbelastung für Familien mit tiefem Einkommen in Basel-Landschaft sehr tief ist. Diese Situation war gewollt. Die Aussage jedoch, dass rund 20 % unserer Einwohnerinnen und Einwohner gar keine Steuern bezahlen, stimmt Monica Gschwind sehr nachdenklich. Jeder einzelne Bürger profitiert in irgendeiner Form von den Infrastrukturleistungen, welche Bund, Kantone und Gemeinden zur Verfügung stellen. Ist es richtig, dass der Staat sein Angebot derart vielen Einwohnern und Einwohnerinnen gratis zur Verfügung stellt? Müsste nicht jede Person, und sei es auch nur

mit einem kleinen und angemessenen Betrag, sich an den Kosten für diese Leistungen beteiligen? Monica Gschwind ist klar dieser Meinung, auch wenn damit keines unserer Probleme gelöst würde. Sie wird daher weitere Überlegungen zu diesem Thema anstellen.

Auf der anderen Seite der Skala der Steuerbelastung wird klar ersichtlich, dass der Kanton Basel-Landschaft bei hohem Einkommen und einem Reinvermögen ab 500'000 Franken zu den teuersten Kantonen der Nordwestschweiz zählt. Die Aussage, dass 0,5% der Steuerkunden die Hälfte unserer Vermögenssteuer berappen und 15 % der Kunden die Hälfte der Einkommenssteuer, zeigt eindrücklich, dass wir zu diesen Steuerpflichtigen Sorge tragen müssen. In unserer kleinräumigen Schweiz ist es sehr einfach möglich, einige Kilometer weiter zu ziehen und dadurch viel Geld einzusparen. Wir müssen daher unbedingt verhindern, dass einkommensstarke und vermögende Steuerpflichtige wegziehen, denn hohe Steuereinnahmen stehen auf dem Spiel. Damit wir als Kanton zumindest in der Nordwestschweiz konkurrenzfähig bleiben, muss die wirkliche Entlastung unserer sehr guten Steuerzahlenden das mittel- bis langfristige Ziel sein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir weder unsere Familien noch unseren Mittelstand oder einkommensschwache RentnerInnen weiter belasten können. Eine Lösung dieses Problems gleicht heute einem gordischen Knoten. Trotzdem müssen wir das Ziel im Auge behalten und versuchen, diesen Knoten gemeinsam zu öffnen!

://: Die Interpellation ist damit erledigt.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 975

14 2012/170
Interpellation von Christof Hiltmann vom 14. Juni 2012: Bewirtschaftung Hafengebiete BL. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2012

Christof Hiltmann (FDP) erklärt, er danke dem Regierungsrat für die Beantwortung seiner Interpellation und er freue sich darüber, dass es die beiden Hafengebiete schafften, bezüglich Entwicklungsgebiete auf den Monitor des Kantons zu gelangen. Weniger erfreut zeigt er sich darüber, dass dieser Prozess erst jetzt in Gang kam, denn das Wasser stehe uns bereits ziemlich am Hals. Von der Grösse und Wichtigkeit der Gebiete her wäre es schon längst notwendig gewesen, eine klare Strategie zu entwickeln und umzusetzen. Ebenfalls nicht ideal ist die Tatsache, dass die Resultate des Monitorings erst per Ende 2013 vorliegen werden. So geht wertvolle Zeit in der Entwicklung wichtiger Gebiete verloren. Christof Hiltmann spürt, dass insbesondere im Hafen Birsfelden die ordnende und strategisch agierende Hand des Kantons nicht feststellbar ist. Die laufenden Entwicklungen basieren auf privater Initiative von Unternehmen.

Gespannt zeigt sich Christof Hiltmann daher betreffend Antwort auf sein Postulat 2012/285 (Kantonseigene kleine Gewerbeareale an die Gemeinden), in welchem er den Regierungsrat anfragt, ob er sich ein Abtreten gewisser

Gebiete an die Gemeinden vorstellen könnte.

://: Die Interpellation ist damit erledigt.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 976

15 2012/115
Postulat der SP-Fraktion vom 19. April 2012: Von VGD zu VSD, Bildung Departement Volkswirtschaft und Soziales

://: Das Postulat wird stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 977

16 2012/123
Motion von Daniel Münger vom 3. Mai 2012: Kantonales Pilotprojekt für eine ganzheitliche Versorgungsintegration und Netzwerk für chronisch kranke und alte Menschen

Gemäss Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) zeigt sich der Regierungsrat bereit, die vorliegende Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Begründung des Regierungsrates (Beilage 3)

Daniel Münger (SP) dankt dem Regierungsrat für dessen Bereitschaft, die Anliegen des Vorstosses zumindest als Postulat zu prüfen. Mit der Empfehlung der Direktion, wonach aus fachlicher Perspektive ein ganzheitliches Pilotprojekt im erwähnten Umfang nicht gerechtfertigt sei, kann er sich nicht einverstanden erklären. Mit dieser Feststellung nehme die Direktion das Resultat bereits vorweg und es entstehe der Eindruck, man werde die Anliegen nicht ausreichend prüfen. Das angesprochene Pilotprojekt sei in anderen Kantonen durchaus üblich und wäre auch in Basel-Landschaft gerechtfertigt. Zumindest vorläufig hält Daniel Münger noch an einer Motion fest.

Franz Hartmann (SVP) bezieht sich auf die Empfehlung der Direktion, welche in den ersten Abschnitten klar zum Ausdruck bringt, dass ein derartiges Pilotprojekt unnötig sei. Eine Überweisung an den Regierungsrat bringe daher nichts. Das Baselbieter Manifest "Palliative Care – gemeinsam für ein Leben in Würde bis zuletzt" wurde am 21. November 2012 anlässlich der 9. Fachtagung, welche durch den Spitex-Verband Baselland (SVBL), den Verband Baselbieter Alters-, Pflege und Betreuungseinrichtungen (BAP), sowie das Netzwerk palliative bs+bl durchgeführt wurde, verabschiedet und der Regierung übergeben. An-

gesichts dieser Tatsache versteht Franz Hartmann nicht, weshalb die Regierung den Vorstoss als Postulat übernehmen wolle, denn durch das genannte Manifest seien die Forderungen des vorliegenden Vorstosses bereits überholt. Einer Überweisung der Vorstosses als Motion oder Postulat kann die SVP-Fraktion daher nicht zustimmen.

Regina Vogt (FDP) informiert, die FDP-Fraktion lehne die vorliegende Motion ab. Gestern habe ihre Fraktion einen Vorstoss eingereicht (2012/393 vom 12. Dezember 2012: Pflegefinanzierung im Alter: nächste Kostenbombe?), welcher die angesprochenen Themen punktuell aufnimmt.

Beatrice Herwig (CVP) gibt bekannt, die CVP/EVP-Fraktion unterstütze die vorliegende Motion als Postulat. Ein Pilotprojekt zur Vernetzung von Palliative Care, Pflege im Alter, Psychiatrie und Geriatrie erachtet sie als sehr aufwändig und es dürfte bereits Schwierigkeiten bereiten, Kriterien zum Start des Projekts festzulegen. Es besteht im Bereich der Versorgung chronisch kranker und alter Menschen jedoch Handlungsbedarf und die CVP/EVP hofft sehr, die Berichterstattung zum vorliegenden Postulat werde vorhandene Lücken aufzeigen und skizzieren, wie eine netzwerkartige Versorgung ausgestaltet sein könnte. Zudem müsste aufgezeigt werden, wie der Übergang vom akut kranken zum chronisch kranken Menschen definiert wird. Von der Regierung erwartet die CVP/EVP eine umfassende Auslegeordnung und ein vertieftes Prüfen und Berichten, um notwendige Massnahmen abzuleiten.

Marie-Theres Beeler (Grüne) erklärt, die Grüne Fraktion werde das vorliegende Postulat einstimmig überwiesen. Sie hätte auch eine Motion unterstützt. Sie erachtet es als wichtig, dass auch der Kanton im Bereich der Palliative Care Anreize schafft, neue Wege einzuschlagen. Würde jede Anreizfunktion in diesem Bereich ausgeschlossen, wie dies die Antwort des Regierungsrates darlegt, so bleibe unklar, wo die Regierung dann noch Handlungsbedarf sehe und agieren wolle und was die in der Antwort erwähnte Arbeitsgruppe bewirken soll.

Daniel Münger (SP) erklärt sich mit der Umwandlung der vorliegenden Motion in ein Postulat einverstanden.

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) zeigt sich dankbar für die Umwandlung in ein Postulat. Der Bericht zu den angesprochenen Fragen liege bereits vor.

://: Mit 48:28 Stimmen und ohne Enthaltungen überweist der Landrat den Vorstoss 2012/123 als Postulat an den Regierungsrat.
[Namenliste einsehbar im Internet; 16.17]

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 978

17 2012/130

Postulat von Karl Willimann vom 3. Mai 2012: Mitgliedschaft von Basel-Landschaft bei Metrobasel überprüfen

://: Das Postulat wird stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 979

18 2012/145

Motion von Balz Stückelberger vom 24. Mai 2012: Bündelung der Kräfte in der regionalen Zusammenarbeit - Kündigung der Mitgliedschaft bei metrobasel

Balz Stückelberger (FDP) zieht seinen Vorstoss zurück, denn die Forderung der Motion könne nicht mehr erfüllt werden. Eine Kündigung der Mitgliedschaft des Kantons Basel-Landschaft beim Verein metrobasel hätte per 30.06.2012 erfolgen müssen.

://: Die Motion wird zurückgezogen.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 980

19 2012/263

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2012: Anzahl und Ziele von Firmen-Abwanderungen und deren Gründe. Schriftliche Antwort vom 13. November 2012

://: Der vom Interpellanten beantragten Diskussion wird stattgegeben.

Klaus Kirchmayr (Grüne) stellt fest, sein Vorstoss stehe im Zusammenhang mit den Bemühungen im Parlament, die Wirtschaftsoffensive nun endlich in Bewegung zu bringen. Bevor etwas bewegt werden könne, sei eine einigermaßen gute Informationsbasis notwendig. Die Antwort des Regierungsrates auf seine Interpellation bezeichne Klaus Kirchmayr als wenig aussagekräftig. Sie zeige, dass sehr wenig Wissen über die wirklichen Gründe, weshalb

Firmen wegziehen, besteht. Solche Informationen würden zur Entwicklung einer guten Wirtschaftsoffensive gehören. Es ist entscheidend, dass die Wirtschaftsoffensive einen guten Analyseteil beinhaltet, welcher es dank strukturierter Interviews und Kontakten zu den Wirtschaftsverbänden ermöglicht, Investoren und Unternehmen näher zu kommen, sie hier zu halten oder neu hier anzusiedeln.

Klaus Kirchmayr fordert die Regierung dazu auf, den Analyseteil in der Wirtschaftsoffensive gut zu gewichten und dabei den Kontakt zu den Wirtschaftsverbänden zu suchen. Wir brauchen unbedingt mehr Wissen, bevor das wichtigste Projekt der laufenden Legislatur, die Wirtschaftsoffensive, angegangen wird.

Andreas Giger (SP) merkt an, Klaus Kirchmayr sei "Vorstosskönig". Er überschwemmt den Kanton Basel-Landschaft mit Vorstössen, für den nun vorliegenden müsse man ihm aber dankbar sein. Wir geben Hunderttausende von Franken für Wirtschaftsberichte und Analysen aus, jedoch fehlt es an teilweise relativ einfachen Datensammlungen. Dass dieser Schwachpunkt nun aufgezeigt wurde, erachtet Andreas Giger als wichtig.

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) berichtet, zu den grossen und wichtigen Firmen in unserem Kanton pflege die Regierung gute Kontakte. Zur nun geforderten Datenbank: Eine Umfrage unter den Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone zeigte, dass derartige Statistiken nicht geführt werden. Wenn kleine Firmen wegziehen, erfährt dies der Kanton nicht. Selbstverständlich werde man im Rahmen der Wirtschaftsoffensive versuchen, derartige Daten zu erhalten.

Klaus Kirchmayr (Grüne) erachtet es als schlechte Rechtfertigung, etwas nicht zu tun, weil es in anderen Kantonen ebenfalls nicht getan wird. Soll der Rückstand betreffend Wirtschaftsförderung aufgeholt werden, so müssen die Gründe für Firmenwegzüge erhoben werden.

Christoph Buser (FDP) betont, es wäre durchaus möglich zu erfahren, dass eine Firma wegzog. Ein systematisches Erfragen der Gründe erachtet er als sehr sinnvoll.

Regierungsrat **Peter Zwick** (CVP) wird weiter nachfragen, welcher Kanton allenfalls bereits über derartige Erhebungen verfügt, damit Basel-Landschaft hier keinen eigenen Fragenkatalog bereitstellen muss. Es gehe darum, keine unnötigen Ressourcen zu verbrauchen.

://: Damit ist die Interpellation erledigt.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 981

20 2012/183

Motion von Andreas Bammatter vom 21. Juni 2012: Wirkungsvolle Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kanton BL

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) erklärt, der Regierungsrat nehme die Motion als Postulat entgegen. Eine schriftliche Begründung dazu liegt vor.

Begründung des Regierungsrates (**Beilage 4**)

Andreas Bammatter (SP) dankt dem Regierungsrat für die Bereitschaft, seinen Vorstoss entgegen zu nehmen. Mit der Umwandlung in ein Postulat zeigt er sich einverstanden und er hofft, zum wichtigen Thema Schwarzarbeit würden schon bald die nächsten Schritte eingeleitet.

://: Der Vorstoss 2012/183 wird diskussionslos als Postulat an den Regierungsrat überwiesen.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 982

21 2012/187

Postulat von Rahel Bänziger vom 21. Juni 2012: Offenlegung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen in Spitälern

Laut Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) zeigt sich der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Myrta Stohler (SVP) informiert, nach der Verselbständigung der Spitälern erachte es die SVP-Fraktion als nicht nötig, den aktuellen Vorstoss zu überweisen. Die Spitälern selbst, nicht Verwaltung und Regierung, sollen sich um das Thema kümmern.

://: Mit 45:22 Stimmen bei 2 Enthaltungen überweist der Landrat das Postulat 2012/187 an den Regierungsrat. [Namenliste einsehbar im Internet; 16.29]

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 983

22 2011/366

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 4: Entwicklung einer Immobilien-Strategie für die kantonseigenen Immobilien

://: Das Postulat wird diskussionslos an den Regierungsrat überwiesen.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 984

23 2012/046

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 9. Februar 2012: Prüfung einer Fusion von kantonalen Verkehrsunter- nehmen

Auch dieses Postulat wird der Regierungsrat gemäss Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) entgegen nehmen.

Hansruedi Wirz (SVP) informiert, in den Augen der SVP-Fraktion sei das vorliegende Postulat nicht notwendig, denn die Zusammenarbeit der verschiedenen Transportunternehmen sei gut. Synergien werden genutzt und eine Fusion würde eher einen unternehmerischen und weniger einen politischen Entscheid darstellen.

://: Das Postulat 2012/046 wird mit 45:27 Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Regierungsrat überwiesen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 16.31]

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 985

24 2012/096

Motion von Oskar Kämpfer vom 22. März 2012: "Re- gionalplanstelle"

Der Regierungsrat erklärt sich laut Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) dazu bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Begründung des Regierungsrates (Beilage 5)

Oskar Kämpfer (SVP) stellt fest, die Diskussion um die Regionalplanstelle datiere weit zurück. Im Jahr 2011 reichte er selbst dazu eine Interpellation ein (2011/254: Regionalplanungsstelle beider Basel) und die Regierung äusserte sich in der Antwort wie folgt: "Der Regierungsrat teilt die Ansicht des Interpellanten, dass die RPS ihren Zweck erfüllt hat." Im Jahr 2011 wurde also versprochen, man werde die entsprechenden Verträge kündigen und somit Geld einsparen. Die jetzige Begründung des Regierungsrates lasse am Sparwillen der Regierung ein weiteres Mal zweifeln. Plötzlich werde die Regionalplanstelle wieder als zweckmässig erachtet. Die Regierung wolle nun noch einmal prüfen, was im Rahmen der Beantwortung seiner Interpellation bereits geschah. Dies wird gemäss Oskar Kämpfer nichts bringen. Er werde daher an einer Motion

festhalten. Die Regionalplanstelle soll nun endlich beerdigt werden!

Martin Rüegg (SP) zeigt sich von der Begründung der Regierung überzeugt, weshalb der angekündigte Bericht mit Spannung erwartet werde.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) bestätigt, im vergangenen Jahr habe der Regierungsrat im Rahmen der Interpellationsbeantwortung berichtet, gewisse Aufgaben der Regionalplanstelle seien durch die neue Geschäftsstelle für das Agglomerationsprogramm Basel übernommen worden. Andere über die Regionalplanstelle finanzierte Projekte wie beispielsweise das Modellvorhaben Birsstadt sind abgelaufen. Zu Beginn des laufenden Jahres diskutierte Sabine Pegoraro daher auftragsgemäss die Frage der Aufhebung der Regionalplanstelle, dies vor dem Hintergrund, dass für die Tätigkeiten der Regionalplanstelle für das Jahr 2012 nur noch 45'000 Franken budgetiert wurden. Die vom Motionär genannten 200'000 Franken entsprechen nicht der effektiv budgetierten Summe.

Die genannten 45'000 Franken sollen vereinbarungsgemäss für die Co-Finanzierung eines grenzüberschreitenden Geo-Informationssystems sowie für die Beteiligung am Interreg-C14-Projekt Allschwil-Hegenheim (Verkehrsaufkommen und Pendlerströme) verwendet werden.

Aus dem Gespräch mit dem Kanton Basel-Stadt ergab sich, dass es weiterhin zweckmässig sei, eine Regionalplanstelle aufrecht zu erhalten. Diese sollte jedoch nur den Bedürfnissen der beiden Kantone dienen und nicht (wie beim Agglomerationsprogramm) eine Abstimmung mit den französischen oder deutschen Partnern verlangen.

Das neue eidgenössische Raumplanungsgesetz sieht ausdrücklich vor, dass regionale Planungen erfolgen müssen. Dafür ist die Regionalplanstelle das richtige Gefäss. Im Bereich der kantonsüberschreitenden Verkehrsplanung ELBA zeigte sich, dass der rechtzeitige gegenseitige Einbezug in die Planungen von hoher Bedeutung ist. Dafür ist die Regionalplanstelle ebenfalls die ideale Koordinationsstelle.

Seit dem 1. Januar 2012 wird die Regionalplanstelle nicht nur mit einem deutlich kleineren Budget, sondern auch mit deutlich reduziertem Personalaufwand weitergeführt. So wird sich die regierungsrätliche Delegation (die beiden zuständigen Regierungsräte sowie die beiden Kantonsplaner) jährlich nur noch einmal treffen. Künftige Projekte, welche über die Regionalplanstelle angeregt werden, sind separat zu budgetieren.

Aus den genannten Gründen möchte der Regierungsrat die Motion als Postulat entgegen nehmen und darüber berichten, in welchem Rahmen und zu welchen Themen die Regionalplanstelle in Zukunft tätig sein wird.

Oskar Kämpfer (SVP) betont, ein Geschäft werde nicht zwingend besser, wenn es lange gerechtfertigt werde. Die Aufgaben der Regionalplanstelle werden durch eine Geschäftsstelle wahrgenommen und entsprechend gebe es keinen Grund, diese weiterhin aufrecht zu erhalten. Er bittet daher um Unterstützung seiner Motion. So könne endlich ein Ausgabenposten eliminiert werden, dessen Aufgaben schon lange durch andere kantonale Geschäftsstellen wahrgenommen werden.

://: Der Landrat lehnt eine Überweisung der Motion an den Regierungsrat mit 27:47 Stimmen bei einer Enthaltung

ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 16.37]

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskantonskanzlei

*

Nr. 986

25 2012/112
Motion von Urs Leugger vom 19. April 2012: Optimierung der Erschliessung von Arbeitsgebieten von kantonaler Bedeutung in Arlesheim und Münchenstein

Der Regierungsrat wolle die Motion als Postulat entgegennehmen. Dies erklärt Landratspräsident **Jürg Degen** (SP).

Begründung des Regierungsrates (Beilage 6)

Daniela Gaugler (SVP) stellt fest, die Erschliessung der Arbeitsgebiete von kantonaler Bedeutung solle in geeigneter Form vorangetrieben werden. Auch die Mitfinanzierung durch die Gemeinden Münchenstein und Arlesheim müsse jedoch diskutiert werden. Dass die Baslerstrasse in Arlesheim und die Hauptstrasse in Münchenstein in Gemeindestrassen umgewandelt werden sollen, ist für die SVP-Fraktion fraglich. Die laufenden Planungen in den genannten Gebieten werden zeigen, wie die Erschliessung sinnvoll stattfinden kann. Die SVP-Fraktion lehnt den vorliegenden Vorstoss ab.

Urs Leugger (Grüne) betont, die Industriegebiete in Münchenstein und Arlesheim seien suboptimal erschlossen und daher bestehe dringender Handlungsbedarf. Entsprechende Verhandlungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden sind seit längerer Zeit am Laufen. Urs Leugger erklärt sich damit einverstanden, sein Anliegen im Zusammenhang mit der Gesamtplanung Siedlungs-, Verkehrs- und Landschaftsentwicklung zu prüfen, auch wenn er sich nicht sicher ist, ob diese Planung von der Flughöhe her auf seine konkrete Frage eine konkrete Antwort geben könne. Aus diesem Grund bittet er die Regierungsratspräsidentin darum, bei der Planung sein Anliegen im Auge zu behalten. In diesem Sinne erklärt er sich bereit, seine Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Beatrice Herwig (CVP) gibt bekannt, die CVP/EVP-Fraktion werde die Motion als Postulat unterstützen. Die Erschliessung der genannten Arbeitsgebiete sei wichtig und die entsprechenden Planungen im Gange. Es mache daher keinen Sinn, nun bereits konkrete Forderungen (beispielsweise Abtausch von Gemeindestrassen) zu stellen.

Hanni Huggel (SP) informiert, auch die SP-Fraktion werde das Postulat unterstützen. Es sei wichtig, die direkte Erschliessung der Arbeitsgebiete von kantonaler Bedeutung in Münchenstein und Arlesheim nun anzugehen.

Balz Stückelberger (FDP) erklärt sich seitens der FDP-Fraktion mit der Überweisung als Postulat einverstanden, denn so könne die Erschliessung im Gesamtkontext geplant werden. Das Anliegen sei auf jeden Fall dringlich, handle es sich doch um wichtige Gebiete, welche seit vie-

len Jahren brach liegen und auf jeden Fall erschlossen werden müssen.

://: Der Vorstoss 2012/112 wird mit 62:5 Stimmen als Postulat an den Regierungsrat überwiesen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 16.43]

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskantonskanzlei

*

Begründung des persönlichen Vorstosses

Nr. 987

2012/399

Interpellation von Julia Gosteli vom 13. Dezember 2012:
Der EuroAirport baut ein neues Cargo Terminal

Keine Wortbegehren.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskantonskanzlei

Nr. 988

Mitteilungen

Die Traktanden 34 und 35 der heutigen Traktandenliste wurden gemäss Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) zurückgezogen.

*Persönliche Erklärung von **Rolf Richterich** (FDP):*

Vor einem Jahr habe die FDP-Fraktion einen Bericht zur FHNW verlangt, welcher bis heute hätte vorliegen sollen. Nur unter dieser Bedingung konnte seine Fraktion dem Budget damals zustimmen. Noch immer steht dieser Bericht aus, obwohl er von einer grossen Mehrheit im Landrat verlangt wurde. Dies kommt einer Missachtung des Landratswillens gleich und stellt keine gute Basis für eine Zusammenarbeit dar.

Jürg Degen (SP) kündigt an dieser Stelle die Gruppe Pflanzplätz an. Pflanzplätz (Thomas Aeschbacher, Jürg Nietispach und Simon Dettwiler) spielt einen Mix aus traditioneller und moderner Schweizer Volksmusik, wobei auch ausländischer Folk und Improvisation nicht zu kurz kommen. Dominierend ist das Schwyzerörgeli und der Kontrabass, andere Instrumente werden aber auch ab und zu eingesetzt. Damit sollen die Landrätinnen und Landräte auf den folgenden Apéro und die sitzungsfreie Zeit bis im Januar 2013 eingestimmt werden.

[Grosser Applaus nach einer mitreissenden Darbietung]

Jürg Degen (SP) bedankt sich herzlich bei den drei Musikern für das tolle musikalische Intermezzo, welches Lust auf mehr bereitete.

Allen Anwesenden mit ihren Angehörigen wünscht Jürg Degen eine schöne Weihnachtszeit und hofft, die Erholung

komme nicht zu kurz. Auch wünscht er einen guten Rutsch ins neue Jahr und freut sich auf ein Wiedersehen am 10. Januar 2013.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Ende der Sitzung: 17.00 Uhr

Die nächste Landratssitzung findet statt am

10. Januar 2013

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der Landschreiber: